

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Carl Brackwalt, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernh. G. Garbaum, Magdeburg. Druck von F. C. A. H. H. e, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1547. Redaktion: Gr. Mühlstraße 8, Fernsprecher 961. — Preis: Einzelheft 2 Pf., monatlich 60 Pf., vierteljährlich 1.70 Mk., halbjährlich 3.20 Mk., jährlich 6.00 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Volkshäusern 2.50 Mk. Erstausgabe. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und alle Nummern 10 Pf. — Inzerationsgebühren die sechsgehaltene Zeitspalte 15 Pf. — Nachzahlungen Nr. 289

Nr. 26.

Magdeburg, Freitag, den 31. Januar 1902.

13. Jahrgang.

Der „Bruder der Sozialdemokratie“.

„In der Sozialpolitik sind und bleiben wir der Bruder der Sozialdemokratie.“ So sagte Pfarrer Naumann, als er im Jahre 1896 in Erfurt seinen „Nationalsozialen Verein“ begründete.

Entweder ist nun Pfarrer Naumann ein herzlich schlechter Prophet, oder er hat herzlich schlechte Vorstellungen von brüderlicher Liebe und brüderlichen Pflichten. Denn nicht nur, daß schon 1897 Professor Sohn ohne Widerspruch Naumanns die Parole ausgeben konnte: „Kampf gegen die Sozialdemokratie ist Hauptaufgabe der neuen Partei“; jetzt, nach kaum 5 Jahren, hat sich der „Bruder“ schon zum „feindlichen Bruder“, zum schroffen Gegner ausgewachsen, der, mit Großkapitalisten verbündet, in erster Linie das freisinnig vereinigte Großkapital zu schütten und zu vermehren trachtet.

Paul Göhre, der vor einigen Jahren den einzig richtigen Schritt vom Nationalsozialismus zur Sozialdemokratie that, statt wie die Gerlach, Naumann und Weinhausen mit förmlicher Konsequenz auf ein angebliches Vernsteinloch im Marxismus zu starren, zählt in einem dieser Tage erschienenen Schriftchen*) die verschiedenen Phasen der nationalsozialen Wandlung und Mauserung auf.

Zunächst rechtfertigt Göhre indirekt seine eigene frühere nationalsoziale Ueberzeugung, indem er feststellt, daß einst, in seinen Anfängen der Nationalsozialismus ein charaktervoller, radikaler und proletarischer Sozialismus war. Die Nationalsozialen wollten nach Göhre allerdings, nämlich in ihrer allerersten Zeit, den christentumlos gewordenen Volksmassen vor allem das Christentum bringen. Aber es war ihre Ueberzeugung, daß Christentum Christi nur dann überhaupt Wert hat, es sich in ehrlichen Thaten hingebender Bruderliebe vor allem denen gegenüber, die heute die Last der „not“ seufzend und murrend zu tragen hätten. Es kamen dabei ganz folgerichtig von der bloßen Augenblicks- und Broschenhilfe der sogenannten Inneren Mission hinweg zur Beschäftigung mit sozialpolitischen und sozialistischen Gesamtengängen und Zielen.

Interessant ist die weitere Feststellung Göhres, daß die Nationalsozialen in ihrer weiteren Entwicklung nicht zuerst den proletarischen Sozialismus, sondern das Christentum als Ausgangspunkt ihres Sondersozialismus verloren. Sie haben ein, daß das Christentum und seine Sittenlehre nicht, wie sie bis dahin wähten, Ausgangspunkt und Maßstab für eine geschlossene Theorie eines christlich-proletarischen Sozialismus sein könne.

Zugleich aber drängte die Macht ihres bisherigen Handelns, der Druck ihrer letztjährigen Vergangenheit immer unwiderstehlicher in rein politische Bahnen hinein. In diesem Stadium tauchte für ihr politisches Handeln, für ihren „radikalen, proletarischen Sozialismus“ ein neues Prinzip, ein neuer Ausgangspunkt auf: das Nationale. Es ist Naumanns Werk, ihn gefunden zu haben. Nicht um das Christentum, sondern um des Vaterlandes und seiner Liebe willen müsse man eine Politik des proletarischen Sozialismus inauguriert und verfolgen. Seitdem (1895—96) wurden die Pläne auf Schaffung einer eigenen Partei des „nationalen Sozialismus“ immer lebendiger und greifbarer. Den Kaiser dachte man sich an der Spitze des Reiches, daher traten sie eifrig für Flottenvermehrung ein; aber noch befanden sie sich in striktem Gegensatz zum Großkapital und Großgrundbesitz, noch fühlte man sich als „Bruder der Sozialdemokratie“, und eine neue „Partei der Arbeit“ sollte es sein, die 1896 in Erfurt gegründet wurde.

Göhre weist besonders nachdrücklich auf diesen letzteren Umstand hin, da neuerdings die Nationalsozialen diese Thatsache vertuschen möchten. Aber sowohl die Äußerungen Naumanns, wie Gerlachs und Damackes auf dem Erfurter Parteitag sind unzweifelhafte Beweise dafür.

Und in dieser Voraussetzung, mit dieser Absicht begann und berief auch noch der größte Teil der Arbeit des ersten Jahres 1896—97. Als der Hamburger Hafenarbeiterstreik begann, machte man thatsächlich Ernst mit der Bruderschaft zur Sozialdemokratie; man trat nicht bloß in Versammlungen, sondern auch durch nicht unbedeutende Geldsammlungen für die Streikenden ein, eine in Deutschland damals und wohl auch noch heute unerhörte That. Aber da begann die Opposition innerhalb des Vereins, beziehungsweise geführt von dem ehemaligen Konservativen Sohn und dem ehemaligen Sozialdemokraten Max Lorenz, getragen von der Creme der Gebildeten im Verein, den Universitätsprofessoren. Auf solchen wirklichen proletarischen Sozialismus wollte man sich auf die Dauer doch nicht einlassen. Man fürchtete

sich bereits, sich allzusehr mit sozialistischem Radikalismus zu kompromittieren. Das alles und anderes sind die Anzeichen dafür, daß bereits am Ende des ersten Jahres ihres Bestehens die Wendung der Nationalsozialen von einem proletarischen und nationalen Sozialismus weg zum bürgerlichen Liberalismus leise begonnen hatte.

Aber erst das zweite Jahr, 1897—98, brachte diese Anfänge in geschlossenen und seitdem auch nicht mehr aufgehaltene Fluß. Dazu half zunächst die Flottenvorlage des Winters 1897—98 energisch mit. Die Nationalsozialen wurden ihre eifrigen Propagandisten. Dann trugen die Reichstagswahlen im Sommer 1898 ihr großes Teil dazu bei. Die Nationalsozialen bestätigten bei dieser Gelegenheit ihre brüderliche Liebe bekanntlich dadurch, daß sie am heftigsten die Sozialdemokratie bekämpften und teilweise sogar bei Stichwahlen gegen die Sozialdemokraten den Ausschlag zu Gunsten irgend einer bürgerlichen Partei gaben. Ein weiterer Anlaß war die Deynhäuserer Kaiserrede. („Zus Juchthaus derjenige . . .“) Statt als Antwort darauf zur Sozialdemokratie überzugehen, brachte es Naumann sogar fertig, die eigentliche Schuld an dieser Rede der — Arbeiterbewegung aufzubürden. Und diese Ausführungen auf dem nationalsozialen Vertreter-Tage fanden „langanhaltenden stürmischen Beifall“.

Gerade diese Naumannsche Rede bezeichnet Göhre als den eigentlichen Wendepunkt in der Entwicklung der Nationalsozialen. Naumann selbst schloß sich der Orientreise des Kaisers an. Bei der nächsten Flottenvorlage waren die Nationalsozialen wieder die eifrigsten Propagandisten dafür. Nach dem Flottengesetz 1900 der Chinazug: wiederum waren

Nationalsozialen unter seinen chauvinistischsten Propagandisten sie die verständnisvollsten Interpreten jeder Rede und Sonnenäußerung. Und auch auf dem 301 abgehaltenen Parteitag haben sie ihr deutsches Centralprinzip mit Eifer weiter gepflegt, moen sie sich eingehend mit Kolonialpolitik beschäftigten.

Und Hand in Hand mit ihrer Verbrüderung zum Liberalismus und Imperialismus geht ihr Abweichen von dem einstigen Sozialismus. Lächerlich sind zwar die ewigen Spaltungsversuche, „Museumlohnversuche“, besonders anlässlich der Vernstein-Debatten, aber sie sind doch bezeichnend. Keine ernsthaftige Anstrengung zur Durchdringung ihrer sozialistischen Arbeiterforderungen haben sie in den letzten Jahren gemacht, keine Förderung des Arbeiter-Konsumvereinswesens geht von ihnen aus; höchstens auf Spaltungsversuche bei den Gewerkschaften durch eine böswillige Ausnutzung des Neutralitätsgedankens.

Die letzten anderthalb Jahre haben auch die letzten hemmenden Schranken zwischen den Nationalsozialen und dem bürgerlichen Liberalismus niedergerissen: Der Kampf um die Handelsverträge hat dieses Wunder bewirkt. Aus Brüdern der Sozialdemokratie sind die Nationalsozialen Brüder der Freisinnigen Vereinigung geworden. Pastor Köpcke und v. Gerlach sind Angestellte des Handelsvertragsvereins. Beide Parteien ergänzen sich ein wenig: die Nationalsozialen brauchen Geld, das die Freisinnigen ja überreichlich haben sollen; die Freisinnige Vereinigung aber braucht notwendig die jugendlichen Kräfte der Nationalsozialen und den Rest der Popularität, den diese sich aus früheren Tagen noch bis heute etwa zu bewahren verstanden haben.

Die beiden politischen Parteien sind einander wert. Die Sozialdemokratie hat gegen ihre politische „Vernunft-ehre“ nichts einzuwenden. Sie freut sich vielmehr, auf diese Weise den sich ihr stets und überall aufdrängenden Freund und „Bruder“ los geworden zu sein.

Göhres Büchlein ist für jeden Agitator, der mit Nationalsozialen zu thun hat, unentbehrlich. Und um so befriedigter legt man das Buch aus der Hand, als jede Zeile größte, ehrliche Sachlichkeit atmet, in wohlthuendem Gegensatz zu dem ehemaligen Sozialdemokraten, späteren Nationalsozialen, jetzigen Konservativen Lorenz, der mit besonderer Vorliebe das Nest beschmutzt, in das er sich kurz vorher noch so scheinbar hineingedrängt hatte. —

Dieser Tirpitz — kein Engel ist so rein!

Wie eine Bombe hat die gestrige Enthüllung des „Vorwärts“ eingeschlagen. Die Regierung hat in ihrer Raffinesse den besten Ausweg gewählt. Statt die Authentizität des Aktienstückes in Abrede zu stellen, giebt sie alles zu. Und mit der unschuldigsten Miene von der Welt meinte Herr Tirpitz, als er gestern in der Budgetkommission zur Rede gestellt wurde: was denn dabei sei, in dem Entwurf sei nichts Verhängliches enthalten; er hätte ruhig in der „Nordd. Allgem. Ztg.“ veröffentlicht werden können. Eine erhebliche Ver-

stärkung der Auslandsflotte sei erforderlich. Eine solche Forderung habe er für 1905-1906 schon bei der Beratung des letzten Flottengesetzes angekündigt. Zum Beweise, daß der Erlaß nichts besonderes enthalte, teilt der Staatssekretär aus einer Korrespondenz, die er mit dem Reichsfinanzamt geführt hat, eine Stelle mit, die sich auf die zum diesjährigen Marine-Etat gegebene Vorbemerkung bezieht.

Der „Vorwärts“ bemerkt demgegenüber mit Recht, daß aus dem Brief doch nur hervorgehe, daß Herr v. Tirpitz die schlaue Taktik verfolgt, in den nächsten Jahren recht sparsam zu wirtschaften, um dann im Jahre 1904 für seine Marinevorlage recht viel Vertrauensseligkeit zu finden. Auch das ist von minderer Bedeutung, daß Herr v. Tirpitz die abgelehnten Auslandschiffe nachfordern wird. Schließlich wäre auch daraus kein moralischer Vorwurf gegen ihn zu erheben, wenn er bei dieser Gelegenheit gleich mehr Schiffe fordern würde, als er 1899 verlangte.

Worauf es vielmehr in erster Linie ankommt, das ist die in dem Erlaß ausgesprochene schwere Selbstbeschränkung, daß er 1899, um die Flottenvorlage zu erledigen, absichtlich die Kosten der gesamten Indiensthaltung zu niedrig angesetzt habe, weil bei Angabe der wirklich nötig werdenden Summen man dem Reichstag nicht das Märchen hätte aufbinden können, die Marinevorlage würde ohne neue Steuern durchgeführt. Leider hat die „Norddeutsche Allgem. Zeitung“ den entscheidenden Satz des Erlasses nicht durch den Druck hervorgehoben:

„Die jährlichen Baukosten parallel laufende planmäßige Indiensthaltung, im besonderen der möglichst beschleunigte Ausbau der Schlachtflotte, mußte in den Voranschlägen nicht angesetzt werden, weil die Indiensthaltungskosten für die Jahre 1905-1906 nicht für die Indiensthaltung der ordnenden Ausgaben“ ergeben hätte, daß die Flotte ohne neue Steuern nicht durchführbar gewesen und folgedessen auf äußerste gefährdet worden wäre.“

Die Regierungsvorlage rechnete — einfach liehlich der dann abgelehnten Auslandschiffe — mit einer Vermehrung der Kosten für Indiensthaltung in der Höhe von sechs Millionen jährlich. Diese Summe war, wie Herr v. Tirpitz jetzt in dem Erlaß zugeht, geflissentlich viel zu niedrig angesetzt, weil, wenn man ehrlich die Wahrheit gesagt hätte, selbst das Centrum vor der Höhe der Kosten und den neuen Steuern zurückgeschreckt wäre. Schlimmer hat niemals eine Regierung das Vertrauen der Volksvertretung mißbraucht.

Diese durchschlagende Bedeutung der „Vorwärts“-Enthüllungen haben denn auch die scharfsichtigeren und durchflottenprotektiven nicht geblendeten Organe sehr wohl erkannt. Nach der „Germania“, dem Organ des besonders dübierten Centrums, „macht es einen sehr peinlichen Eindruck, daß das Reichsmarineamt in dem zuletzt wiedergegebenen Abschnitt betreffs der Steigerung der Indiensthaltung für die Jahre 1905—1910 zugiebt, den Reichstag getäuscht zu haben . . . Das ist eine sehr bedenkliche Taktik, und sobald der Marine-Etat im Reichstag zur Verhandlung kommt, wird das Reichs-Marineamt darüber Rede und Antwort stehen müssen“.

Und die „Freisinnige Zeitung“ schreibt ähnlich: „Welcher Berechnung des Reichsmarine-Amtes soll künftig nach diesen Erfahrungen der Reichstag noch Glauben schenken? Wie kann man nach alledem noch Vertrauen zu dem Staatssekretär des Reichs-Marineamtes haben?“ Und selbst die „Deutsche Tagesztg.“ begründet ihr anfängliches Mißtrauen bezüglich der Authentizität des Erlasses damit, daß „in ihm einige Ausdrücke und Wendungen vorkommen, die bei einer Reichsbehörde so ungewöhnlich sind, daß wir vorläufig an die Echtheit des Erlasses nicht glauben können“.

Die marinefrommen Blätter ergehen sich in blödem Geschimpfe. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“, die schon vor Monaten für Flottenvermehrung die Trommel rührten, beilen sich, festzustellen, „daß Herr Krupp persönlich oder seine Firma an unserem Zeitungs-Unternehmen mit Aktienbesitz nicht mehr beteiligt ist“. — Die „Post“ weiß ihren grimmigen Mergen über den garstigen „Vorwärts“, der außer der Enthüllung noch die Siegesnachricht aus Döbeln und die interessante Zolltarifkommissionsdebatte enthielt, nicht anders zu äußern, als durch die unsagbar alberne Bemerkung: „Alles in allem: Der „Vorwärts“ hat sich mit seinem Marmgeschrei unsterblich blamiert und bewiesen, daß er höchstens noch ein Organ für die politische Kinderstube ist“.

*) Paul Göhre: Vom Sozialismus zum Liberalismus. 1902. Verlag der Sozialistischen Monatshefte. Berlin. 20 Pf.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 30. Januar 1902.

Der erste Schwerinstag.

Die Regierung kreuzt nicht mehr an Schwerinstagen. — Kaufmännische Schiedsgerichte. — Sicherung des Wahlgeheimnisses. — Der Polenantrag.

Bg. Berlin, 29. Januar. Der Reichstag hat es nun doch durchgesetzt, daß der Bundesrat seinen Schwerinstagen Beachtung schenkt, an denen Initiativanträge aus dem Hause verhandelt werden. Von den Ministern war heute Graf Posadowsky erschienen, und im Verlaufe der Sitzung fanden sich zahlreiche Vertreter der Einzelstaaten im Bundesrat ein. Ueberhaupt machte sich ein ungewöhnliches Entgegenkommen gegen Anregungen aus dem Hause bemerkbar.

Das zeigte sich gleich beim ersten Verhandlungsgegenstand, bei dem Antrag Wassermann auf Einführung kaufmännischer Schiedsgerichte. Hier erklärte ein Regierungskommissar, daß dem Hause noch in dieser Session ein entsprechender Gesetzentwurf zugehen werde. Von unserer Seite wies Posadowsky auf die Verbesserungsbefürwortung des Antrags Wassermann hin und stellte für die Kommission, die sich mit dem Antrag weiter beschäftigen wird, Vorschläge auf Herabsetzung des Wahlalters und auf Verleihung des aktiven und passiven Wahlrechts an die weiblichen Handlungsgehilfen in Aussicht.

Dagegen hüllte sich die Regierung bei der zweiten Gruppe von Initiativanträgen, die heute zur Erledigung kamen, in vielfaches Schweigen. Es waren die bekannten Anträge Rickert und Gröber auf Sicherung des Wahlgeheimnisses, die schon mehrmals vom Hause angenommen worden sind. Auch heute wurden sie ohne Kommissionsberatung gegen die Stimmen der beiden konservativen Gruppen angenommen. In der Debatte hatte der Reichsparteiler von Liebmann sich gegen die Versuche gewendet, das „geheime Wahlrecht noch geheimer“ zu machen, und durch einige Späßchen über den Rickert'schen Moskettantrag zu distinktionieren gesucht. Genosse Kauer wies an der Hand ausgearbeiteter Materials die fribaldige Wahlmache der Konservativen nach und betonte energisch, um wie ernste Dinge es sich bei der Sicherung wirklicher Wahlfreiheit handelt.

Der dritte Initiativantrag endlich, der Toleranzantrag des Centrums, fand formell noch nicht ganz seine Erledigung. In der Sache aber wurde das Centrum sehr durch eine Erklärung des Grafen Posadowsky befriedigt. Danach hat Graf Bülow bei Mecklenburg und Braunschweig es durchgesetzt, daß die ungleicherartige Behandlung der katholischen Kirche, die in diesen Ländern noch aus der Zeit des westfälischen Friedens stammt, beseitigt wird. Genosse Kauer betonte, daß die Dissidenten bei diesem Friedensschluß zwischen Regierung und Centrum leer ausgehen. Die weitere Debatte wurde schließlich verlagert. Am Donnerstag findet die Fortsetzung der dritten Beratung der Brauntweinsteuer-

Aus dem Junkerparlament.

Gesüßverwaltung und Volksschule. — Agrarische Kommissar. — Herr v. Pobjielski und die Leutenot.

H. Berlin, 29. Januar. Das Abgeordnetenhaus erledigte am Mittwoch zunächst den Etat der Gesüßverwaltung. Die wenig erquicklichen Verhältnisse der Lehrer auf den der Grafenherren Gesüßverwaltung unterstehenden Schulen gaben dem Abg. Kopsch von der Freisinnigen Volkspartei Anlaß zu einer durchaus berechtigten Kritik. Herr v. Pobjielski meinte freilich, die Lehrer sollten lieber Vertrauen zu ihren Vorgesetzten haben, anstatt sich auf „Zwischenverhandlungen“ einzulassen, und Graf Limburg-Sturum, der diplomatisch postierende Führer der Konservativen, fügte sich berufen, den Lehrmeister und Sittenrichter zu spielen und es dem Abg. Kopsch zum Vorwurf zu machen, daß er sich zum Wortführer der Lehrer gemacht habe. Der loyale Herr möchte im Parlament nur solche Beschwerden vorgebracht sehen, über die eine hohe Behörde bereits letztinstanzlich entschieden hat. Die Abgg. Kopsch und selbst der national-liberale Herr v. Eynen ließen ihm die erforderliche Abfertigung zu teil werden.

Dann hielten die Abgg. Frhr. v. Doheneck und v. Mendel-Stemfels die üblichen, alljährlich wie die Schwälben wiederkehrenden Reden für Warmblutzucht und bessere Remontepreise, dann konnte Oberlandstaatsminister Graf Lehndorff seine Mappe zuklappen und nach Hause gehen.

Die darauf folgende Fortsetzung der zweiten Lesung des Landwirtschaftsprojekts verlor sich in einer Anzahl von Einzelheiten. Mehrere Redner hatten dringend, man möge die Rheinprovinz und Hessen-Rhassau mit dem Auerbecht versehen. Abg. Goldschmidt, Mitglied der Freisinnigen Volkspartei konstatierte, daß die Leutenot auf dem Lande im Hinblick begriffen und ein Zurückfluten der Arbeiter aus den Industriezentren auf das platte Land zu bemerken sei. Er erwähnte die Erklärung des Grafen Posadowsky, daß die Freizügigkeit unangehört erhalten bleiben müsse, sowie die gleichfalls im Reichstage zur Sprache gekommene Absicht der tschischen Regierung, die Grenze nach Oesterreich für die Einfuhr von Schweinen zu öffnen, und protestierte den Minister, sich zu diesen beiden Materien zu äußern. Herr v. Pobjielski übertraf wieder einmal die kühnsten Hoffnungen der Agrarier; an eine Aufhebung der Grenzsperrre ist nicht zu denken, und über die Aufrechterhaltung der Freizügigkeit äußerte er sich in so unbestimmten, ausweichenden Wendungen, daß man seinen in Aussicht gestellten Mitteln zur Beseitigung der Landflucht war mit Besorgnis entgegenzusehen kann. Jedenfalls war seine Erklärung wieder einmal bezeichnend für die vielgerühmte „Einhelligkeit“ der Regierung.

Zum Schluß gab es Erörterungen über den besten Schutz gegen die Reblaus und die Anlegung tschischer Reibberge. Am Donnerstag steht neben kleineren Vorlagen der Antrag v. Arnim über die Generalkommissionen auf der Tagesordnung, danach wird die heutige Debatte fortgesetzt.

Der Peterspfennig.

Auf der letzten in Osnabrück stattgefundenen Generalversammlung der Katholiken Deutschlands wurde folgende Resolution zur Annahme empfohlen:

„Die 48. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands empfiehlt allen Katholiken dringend die Besteuerung zum Peterspfennig.“

Begründung: Die fortdauernde Nothlage des hl. Stuhles.“

Zur Begründung dieser nachher einstimmig angenommenen Resolution führte Herr Bachem u. a. aus: „Auch für den Papst bedarf es heutzutage des Geldes. Aber ich meine, kein Geld kann heute so gut ausgegeben werden, als wenn wir dem hl. Vater in seiner Noth zu Hilfe kommen durch reges Besteuern zum Peterspfennig.“ (Beifall.)

Daß derartige Aufforderungen noch immer ihre Wirkung in den katholischen Gegenden nicht verfehlen, geht aus der jetzt bekannt gewordenen Uebersicht über die Höhe des Peterspfennigs im verfloffenen Jahre hervor. Der Peterspfennig hat im letzten Jahre 1 840 800 M., eingebracht. Davon leistete den Hauptbeitrag Italien mit 248 800 M., Oesterreich-Ungarn spendete 212 000 Mark, die Vereinigten Staaten 199 200 M., Deutschland 176 400 M., Spanien 161 600 M., England 155 200 M., Belgien 154 400 M., aus anderen Staaten liefen zusammen 534 000 M. ein. Frankreich lieferte nur einen unbedeutenden Beitrag.

Es ist charakteristisch, daß zwei nicht allzu große Länder wie Italien und Spanien, die beide ein zahlreiches, am Hungertuche nagendes Proletariat aufzuweisen haben, doch noch so stattliche Summen einbringen.

Die Einnahme des vergangenen Jahres soll die niedrigste seit 1870 sein. Das wäre sehr erfreulich. Immerhin ist sie noch erstaunlich hoch, besonders in Anbetracht des Umstandes, daß die Gesamteinnahme des Papstes im vorletzten Jahre ca. 17 Millionen betrug.

Die Friedensgerüchte.

Die öffentliche Meinung in London kommentiert sehr leidenschaftlich die Nachricht über die angeknüpften Friedensverhandlungen. Man ist jedoch ziemlich allgemein der Ansicht, daß der Versuch auch diesmal nicht gelingen wird, da die Angebote von beiden der unbegreiflichen Burenchefs stammen, was von anderer Seite wieder auf das entschiedenste bestritten wird. Sollte die Unterhandlung zu einem positiven Resultat führen, so wird sofort ein mehrwöchentlicher Waffenstillstand vereinbart werden.

Aus dem Haag wird übrigens unterrichtet, daß die niederländische Note lediglich die Anfrage enthält, unter welchen Bedingungen England Frieden schließen wolle. Von der Antwort würde es abhängen, ob Holland die Initiative zur Friedensvermittlung ergreifen wird.

Der „Lof. Anz.“ meldet aus Brüssel: Von maßgebender Seite wird versichert, daß die europäische Buren-Deputation bereit sei, mit der europäischen Buren-Deputation in Unterhandlung zu treten, wenn die telegraphische Verkehrslinien freigegeben würde.

Die Pariser Revue Le Temps und der Untweg Kuppers über Paris giebt zu der Vermutung Anlaß, daß für Hollands Vorgehen die Unterstützung der französischen Regierung gesichert sei. — Dr. Leyds erklärte nach einem Telegramm desselben Blattes aus Paris, auf eine Anfrage: „Trägerweise wurden mehrere Vorbedingungen für den Friedensschluß erwähnt, die Kupper ohne unsere Zustimmung der englischen Regierung mitgeteilt habe. Thatsächlich existiert nur eine Vorbedingung. Diese kennen die englischen maßgebenden Kreise schon lange genug, um ohne langes Studium Ja oder Nein zu sagen.“

Daß man sich auf beiden Seiten noch ziert, ist wohl begreiflich. Aber hoffentlich kommt es zu einer Einigung.

Deutschland.

Berlin, 30. Januar. Die einstimmige Annahme des Antrages auf Einbringung eines Nachtragsetats im Interesse der Kriegsinvaliden und Veteranen verspricht, nach der „Nat.-Lib. Corr.“, auf die Regierung die Wirkung zu äußern, daß man sich sagt, es sei nicht möglich, die bisherige Linie des Verhaltens weiter zu halten. Wie in Reichstagskreisen verlautet, finden Verhandlungen zwischen den verbündeten Regierungen statt, eine höhere Summe als die vorgesehene zu dem genannten Zweck in den Etat einzustellen.

Die dritte Lesung des Brauntweinsteuergesetzes soll in Verbindung mit der Beratung des inzwischen eingegangenen, von uns mitgeteilten Antrages morgen fortgesetzt werden. „Die Anwesenheit aller Reichstagsabgeordneten ist selbstverständlich dringend nötig“, so schreibt die die Obstruktion fürchtende „Deutsche Tageszeitung“ ängstlich.

Bei der Beratung des Etats der Bergwerksverwaltung in der gestrigen Sitzung der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses teilte der Minister Möller u. a. mit, daß die den Ankauf von Kohlenbergwerken im westfälischen Revier betreffende Vorlage dem König zur Unterzeichnung vorliege. Einiges weitere, was er darüber mitteilte, war vertraulich.

Der Eisenbahnminister Karl v. Thielen feiert heute seinen siebenzigsten Geburtstag.

Die Bekanntmachung, betreffend das Verfahren bei Anträgen auf Verlängerung der Ladenschlußzeit, vom 25. Januar 1902, wird nunmehr vom „Reichsgesetzblatt“ publiziert.

Der „Reichsanz.“ meldet: Das Aufsichtsamt für Privat-Versicherung entschied, daß der Antrag auf Eröffnung des Konkurses über die „Hanseatische Lebensversicherungsbank in Bremen“ zu stellen sei.

Die sozialdemokratischen Abgg. Albrecht und Genossen beantragen, den § 2b des vom Centrum eingebrachten Ent-

wurfs eines Reichsgesetzes, betreffend die Freiheit der Religionsübung, durch den nachfolgenden Paragraphen zu ersetzen: „Die Religionsunterweisung kommt in allen Schulen des Deutschen Reiches als Unterrichtsgegenstand ausnahmslos in Fortfall.“

Die Zolltarif-Kommission des Reichstages ist auch heute mit dem § 8 des Zolltarifs und den dazu gestellten agrarischen schutzzönerischen Anträgen, die auf Einführung von Ursprungszeugnissen hinauslaufen, nicht fertig geworden. Die Agrarier und ihre Freunde in der Kommission stellen in dieser Frage immer neue Anträge, ändern die gestellten ab, ziehen sie wieder zurück und bringen sie dann schließlich wieder ein. Es herrscht in ihren Reihen große Verwirrung. Die Regierung und die Mitglieder der Linken bekämpfen diese Anträge nachdrücklich. Eine Abstimmung war noch nicht möglich. Graf Posadowsky sah sich heute bereits genötigt, den Agrariern ins Gewissen zu reden. Ob's helfen wird?

Der parlamentarische Bäckler, Reichstagsabgeordneter von Maslow, wird jetzt in unhöflicher Weise von liberalen Blättern an seine Vergangenheit erinnert. Die „Königsberger Hartungische Zeitung“ schreibt: „Herr von Maslow war nicht immer Volksvertreter, er hat nicht immer so schöne Reden wie am Sonnabend gehalten. Er war auch einmal Mittmeister bei den Wrangel-Kirassieren in Königsberg. Damals verkehrte er, wie uns versichert wird, viel und gerne in wohlhabenden Kaufmannsfamilien — und zwar ohne Rücksicht auf die Konfession. Ja, er bewarb sich sogar um die Hand der Tochter eines sehr reichen jüdischen Kaufmanns, und es soll nicht an ihm gelegen haben, daß er sie nicht erhalten hat. — So ändern sich die Zeiten!“ — Der Haß des Herrn von Maslow auf die Juden wird dadurch etwas verständlicher.

Der Sozialwissenschaftliche Studentenverein hatte zu gestern abend eine stark besuchte Versammlung einberufen, um gegen die Auflösung des Vereins seitens des Rektors Stellung zu nehmen. Es wurde schließlich eine Resolution angenommen, welche dem Bedauern über die Auflösung des Vereins Ausdruck giebt und die Zustimmung zur Abendung einer Petition der alten Herren an den Rektor erteilt. Gleichzeitig wurde der Vorstand ermächtigt, an Geheimrat Wagner eine Dankdepesche abzuschicken für sein Eintreten zu Gunsten des Vereins.

Braunschweig, 28. Januar. Ein Gesetzentwurf über die Abänderung des Katholikengesetzes ist dem Landtage zugegangen. Die Vorlage bezweckt zunächst, das Gesetz mit der Reichsgesetzgebung und den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches in Einklang zu bringen, es erfüllt aber auch einige Wünsche, die von katholischer Seite geltend gemacht worden sind und sachlich gerechtfertigt erscheinen. — Das stimmt überein mit den Erklärungen, die Graf Posadowsky gestern im Reichstage gab.

Sena, 29. Januar. Der Prorektor der hiesigen Universität verbot sämtliche studentischen Mensuren. Die zur Mensur in Zwischen anstretenden Burschenschaften wurden durch Gendarmerie am Betreten des Mensurplatzes gehindert. — Auf die konsequente Durchführung des Verbots kommt es an.

Chronik der Duelle.

Lieutenant v. Naumer aus Verden, welcher dort im Herbst vorigen Jahres mit dem Oberleutnant v. Schilgen ein unblutig verlaufenes Pistolenduell ausfocht, ist jetzt, nachdem er vier Wochen Festungshaft verbüßt hat, in Magdeburg an Herzlähmung gestorben. Beide Offiziere gehörten der Verbener Artillerie an, und jeder war zu drei Monaten Festung verurteilt worden.

Frankreich.

Normalarbeitstag für Bergleute.

Die Kammer nahm gestern die Vorlage betreffend die zeitweilige zollfreie Zulassung von Getreide in der vom Senat genehmigten Fassung an und beriet sodann die Vorlage betreffend Festsetzung eines Normal-Arbeitstages für die Grubenarbeiter. Basly (Soz.) verlangt hierfür die Dringlichkeit; der Minister der öffentlichen Arbeiten Vaudin schließt sich ihm an. Basly beantragt die Festsetzung des Achtstundentages. Guillaum bekämpft den Antrag; es liege kein Grund vor, die Grubenarbeiter anders zu behandeln, als die übrigen Arbeiter. Debuis erklärt, es sei nicht möglich, einen Normalarbeitstag festzusetzen, ohne auch die Frage des Minimallohnes zu regeln. Lynamard sagt, es sei weder Sache des Parlaments, noch der Regierung, einen Minimallohn festzusetzen. Der Berichterstatter Barrois beantragt, zunächst eine stündige Arbeitszeit einzuführen, nach zweijähriger Arbeitszeit solle dieselbe für jeden Arbeiter auf 8½ und nach abermals zwei Jahren auf 8 Stunden herabgesetzt werden. Der Antrag Basly wird hierauf mit 369 gegen 196 Stimmen abgelehnt. Minister Vaudin erklärt, die Mitwirkung des Staates sei durchaus berechtigt, da die Beschäftigung der Grubenarbeiter im öffentlichen Interesse erfolge. Die Regierung sei mit den Vorschlägen des Berichterstatters einverstanden. Hierauf stimmt auch Basly diesen Vorschlägen zu.

Nach einigen Bemerkungen Lynamards, welcher die Vorlage als einen Eingriff in die Rechte der Arbeitgeber und Arbeiter bezeichnet, wird die Weiterberatung auf Mittwoch, den 5. Februar, vertagt.

Spanien.

Eine kleine Ministerkrisis.

Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Madrid: Infolge einer Interpellation über die Bewilligung eines vom Bauenminister versprochenen Kredits zur Bekämpfung der Heuschrecken, den dieser verweigert im Budget zu verzeichnen, demissionierte der Bauenminister Villanueva. Der Ministerrat versammelte sich gestern abend, um zu sehen, wie die partielle Krisis zu beschwören ist.

Die Aussichten in der deutschen Maschinen-Industrie.

Der starke Arbeitsmangel, von dem die Maschinenfabriken im Jahre 1901 betroffen waren, hat sich nach Dr. Zaitzows Arbeitsmarkt-Korrespondenz im neuen Jahre teilweise noch gesteigert. Die Spezialfabriken, die Maschinen für bestimmte Gewerbe herstellen, erfahren jetzt erst in vollem Umfang die Nachwirkung des schlechten Geschäftsganges. Zu Anfang des Vorjahres liefen noch Aufträge aus dem Jahre 1900, während diesmal in das neue Jahr solche nur in ganz unerheblichem Maße mit herüber genommen werden konnten. Die Aufträge einzelner Maschinenfabriken über den durchschnittlichen Beschäftigungsgrad im laufenden Jahre sind daher äußerst resigniert.

Die Maschinen- und Werkzeugfabrik Aktiengesellschaft, vorm. Aug. Bach in Cöthen, die vornehmlich an Zuckerraffinerien liefert, weist in ihrem Geschäftsbericht auf die gedrückte Lage des Zuckergewerbes als den Grund der geringen Nachfrage hin. Gleich ungünstig sind die Maschinenfabriken gestellt, die für die Holzbearbeitung, das Papier- und Druckgewerbe Spezialmaschinen bauen. Die Hoffnung, daß die Fabriken für den Bergbau Aufträge erhalten würden, hat sich auch nur für Oberschlesien erfüllt, während in Rheinland-Westfalen einige sehr kaufkräftige Bergwerksgesellschaften dazu übergehen oder übergegangen sind, ihre Spezialmaschinen selbst zu bauen. So hat z. B. die Harpener Bergbaugesellschaft in Altenderne bei Linen eine eigene Maschinenfabrik errichtet, in der für die siebzehn der Gesellschaft gehörigen Kohlenzechen nicht nur Maschinen wieder ausgebessert, sondern auch neue gebaut werden. Durch ein solches Vorgehen verengert sich das Absatzgebiet der Maschinenfabriken in Rheinland-Westfalen nicht unerheblich. In den Textilmaschinenfabriken herrscht gegenwärtig gleichfalls noch großer Arbeitsmangel, aber die Aussichten sind bei der zunehmenden Besserung im Textilgewerbe doch erfreulicher als in anderen Zweigen der Maschinenfabrikation.

Etwas günstiger haben sich die Aussichten des Lokomotivbaus gestaltet. Das war aber nur durch Aufträge aus dem Auslande zu erreichen, da die Bestellungen der Staatsbahn-Verwaltungen zu dauernder Beschäftigung nicht ausgereicht hätten. Die Firma Maffei in München hat eine französische Bestellung auf 20 Lokomotiven, die Sächsische Maschinenfabrik vorm. Rich. Hartmann eine Lieferung für die Kapkolonie, die Hannoverische Maschinenfabrik vorm. Georg Eggestorf Luftmaschinen für Indien und Spanien erhalten. Auch Italien hat eine Bestellung nach Deutschland vergeben, von der ein Teil der Firma Vorfig zugefallen ist. Wenn auch diese Aufträge eine längere Zeit Beschäftigung gewähren, so bleibt doch zu erwarten, daß die Aufträge für das Ausland nur durch außerordentliche Preisstellung erlangt worden sind. Die Firma Maffei in München erhielt den französischen Auftrag hauptsächlich nur deshalb, weil die Kosten pro Maschine 12 500 Frank billiger waren als die Forderung der französischen Werke. Der Werkzeugmaschinenbau, dessen Erzeugung schon längst auf Export angewiesen ist, hat insofern eine Schmälerung seiner Exportchancen erfahren, als das österreichische Eisenbahnministerium sich entschieden hat, seine Bestellungen vorläufig bei den österreichischen Werken zu machen. Bei der letzten Bedingung wurden denn auch die Angebote der deutschen Werkzeugmaschinenfabriken schon zurückgewiesen.

Die Waggonfabriken leiden sehr unter der gegenwärtigen Konkurrenz. Den leistungsfähigen Etablissements ist

es gelungen, sich durch billige Preisstellung der wenigen Bestellungen zu verschaffen. Die neuen Aufträge für die Staatsbahnen sind nicht hinreichend, um die Lücken des privaten Bedarfs zu füllen.

Recht unbefriedigend gestaltet sich die Lage in den Fahrradfabriken. Schon 1901 waren erhebliche Preisrückgänge zu verzeichnen. Abschlässe für 1902 waren aber nur dann zu erhalten, nachdem weitere Preisreduktionen zugestanden waren. Die Fahrradbranche ist daher jetzt bei Preisen angelangt, wo nur solche Fabriken ihre Rechnung finden können, die ganz bedeutende Quantitäten fabrizieren und an sichere Kundschaft absetzen, dabei aber unter Anwendung allergrößter Sparfamkeit und nach der besten und rationellsten Fabrikationsmethode arbeiten. Die mittleren und kleineren Fabriken müssen mit Notwendigkeit erliegen.

Deutscher Reichstag.

(129. Sitzung.)

Berlin, den 29. Januar 1902.

Am Bundesratsitz: Niemand.
Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag Wassermann (natl.) betr. Vorlegung eines Gesetzesentwurfes wegen Einführung besonderer Gerichte für

Rechtsstreitigkeiten aus dem kaufmännischen Dienstvertrag.

Abg. Wassermann (natl.):
Ueber die Notwendigkeit der Einführung besonderer kaufmännischer Schiedsgerichte herrscht allgemeine Uebereinstimmung. Während der Antrag Naab die Angliederung dieser Schiedsgerichte an die Gewerbegerichte will, verlangt mein Antrag Anschluß an die Amtsgerichte. Ich bitte, den Antrag einer Kommission von 14 Mitgliedern zu überweisen.

Ministerialdirektor Caspar teilt mit, daß in naher Zukunft ein Entwurf, der diese Materie behandelt, zur Vorlage gelangen wird.

Abg. Stige (Centr.):
Ist für Ueberweisung des Antrags an eine Kommission.

Abg. Rosenow (Soz.):
Auch wir sind für eine Ueberweisung an eine Kommission, in der man ja später auch die Vorlage der Regierung beraten kann. Wir werden in der Kommission Anträge stellen, die über den Antrag Wassermann hinausgehen. Wir halten den Anschluß der Schiedsgerichte an die Gewerbegerichte für das Beste. Die Handlungsgehilfen haben eingesehen, daß für sie nur durch Anschluß an die Gewerbegerichte etwas zweckmäßiges herauskommen kann. Wir verlangen weiter, daß das Wahlrecht für das 21. Lebensjahr festgesetzt wird und auch für die weiblichen Handlungsgehilfen aktives und passives Wahlrecht angelehnt der freitenden Zahl der Handlungsgehilfen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Penning (kons.):
Wir sind im Prinzip für den Antrag Wassermann.

Abg. Welle (Freif. Wp.):
Ist für Anschluß an die Gewerbegerichte.

Das Haus beschließt hierauf die Ueberweisung des Antrages an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Es folgt die Beratung des vom Abg. Ricker (Freif. Wg.) eingebrachten Gesetzesentwurfes betr.

Sicherung des Wahlheimnisses

in Verbindung mit dem Antrag Gröber (Centr.) betr. Abänderung des Wahlgesetzes für den Deutschen Reichstag.

Abg. Dr. Barth (Freif. Wg.):
Das einzige Hindernis, weshalb unser Antrag noch nicht Gesetz geworden ist, liegt im Bundesrat. Wir müssen verlangen, daß der Bundesrat entweder unserem Antrag zustimmt oder selbst einen Entwurf vorlegt. (Lebh. Beifall links.)

Abg. Rirsch (Centr.):
Ich bitte, unseren Antrag einstimmig anzunehmen und eine Kommissionsberatung abzulehnen.

Abg. v. Tiedemann (Rp.):
verleiht Stellen aus einer Rede Windthorst's, die Bedenken gegen das geheime Wahlrecht enthält. Eine Kommissionsberatung ist schon nötig

wegen der vielen grammatischen Fehler, die der Entwurf enthält. (Heiterkeit.)

Abg. v. Romierowski (Pole):
Ich vermissen beim Reichstanzler in dieser Frage die klare und entschiedene Stellungnahme, die wir von ihm in der Polenfrage gewohnt sind.

Abg. Wassermann (natl.):
Eine Kommissionsberatung halten wir für überflüssig und bitten um möglichst einstimmige Annahme der beiden Anträge.

Abg. Uuer (Sozialdemokrat):
Wenn bloß stilistische Mängel die Ursache zu dem Antrag des Herrn v. Tiedemann wären, dann wäre es richtiger, den Antrag einem Schullehrerkollegium zu überweisen. Es kommt aber vor allem darauf an, daß kein Zweifel besteht, was mit dem Entwurf überhaupt erreicht werden soll, das ist die Sicherung des Wahlheimnisses. Erfahrungen in anderen Ländern haben bewiesen, daß der angestrebte Zweck in vollem Umfang durch die Maßnahmen der Vorlage gesichert wird. Wenn die geheime Wahl schon gesichert wäre, wäre der Antrag überflüssig; daß aber selbst die Konservativen nicht dieser Ansicht sind, beweisen die Proteste gegen die Wahl des Abg. Gothein, bei denen man annehmen könnte, daß es sich um einen sozialdemokratischen Notzettel handle. Es gäbe ja ein sehr einfaches Mittel, die Mißstände mit den verschiedenen Stimmzetteln zu beseitigen, indem sich die Parteien vor der Wahl über Größe und Art der Stimmzettel verständigen. Das wird aber von der Rechten stets abgelehnt. Herr Dertel sieht ja allerdings gerade in der Verschiedenheit der Stimmzettel die eigentliche Wahrung des Wahlheimnisses. (Heiterkeit links.) Ich weiß nicht, ob es ernst gemeint hat. Einen kleinen Vorgeschnack, wie die Wähler über die Wahlmaschinen der Konservativen denken, hat Ihnen ja die Wahl in Döbeln gezeigt.

Herr v. Tiedemann meinte, der Vorschlag, einen besonderen Verschlus für die Wähler einzurichten, habe einen etwas konischen Beigeschmack. Es ist aber eine sehr ernste Sache, daß abhängige Leute verhindert werden, nach ihrer Ueberzeugung zu wählen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Weiter behauptet man, es solle in den Wahllokalen an Raum für meinen Vorschlag fehlen. In dem Wahlprotokoll der Freisinnigen über die Wahl des Abg. Wille in Stolp wird aber verschiedentlich angeführt, daß man die Wähler in der Weise kontrollierte, daß man sie von einem Glasfenster aus genau verfolgte. Wenn Ihnen (nach rechts) solche Lokale zur Verfügung stehen, dann dürfen Sie sich wirklich nicht über Raumangel beklagen. Ein Verschlus kann von jedem Zimmer oder Tischler leicht hergestellt werden. Wie traurig die Zustände sind, beweisen die Klagen über den Mangel an richtigen Wahlurnen. Als solche werden Cigarrenkisten und ähnliche Gegenstände benutzt. In Elsaß-Lothringen haben die Wahlurnen zwei Teile, einen für die Schafe, einen für die Vögel. (Heiterkeit.) Ein interessanter Artikel in der „Köln. Volksztg.“ berichtet, welche Mißbräuche im Dortmund Wahlbezirk vorgekommen sind. Dem soll durch den Antrag abgeholfen werden. Der Wähler soll Gelegenheit haben, bevor er an den Wahlstisch geht, einen Augenblick unbewacht seinen Willen Ausdruck zu geben. Gewiß kommen auch bei uns in der Wahlzeit Dinge vor, die man nicht billigen kann, aber für jeden solchen Fall kann ich ein Dutzend Wahlausstellungen der Gegner anführen. Bei der Willkür Wahl in Stolp sind wahrhaft ungeheuerliche Dinge vorgekommen. In einem Briefe eines konservativen Vertrauensmannes an einen Freund folgendes: „Knöpf' Dir den Keel vor und sag' ihm, was er passiert, wenn er mit seiner Gesellschaft nicht für Willkür hat eine Wahlurne...“ Die Strafanzeige soll unterbleiben, wenn er thut, was wir wollen.“ Ich bitte, mit aller Kraft für den konservativen Kandidaten einzutreten. Bei der Wahl in Halle wurde gegen Kunert die Verleumdung ausgeschrieben, er sei wegen Verleitung zum Diebstahl festgenommen worden. Das war unwahr; die Wahl wurde auch vom Reichstag bestätigt und Kunert mit großer Majorität gewählt. Betreffs der Vorgänge im Wahlkreis Senftenberg liegt vor mir ein Circular eines konservativen Hauptmanns, der meint, daß die alten Mittel nicht mehr zichen. (Heiterkeit.) Man müsse die Kriegervereine zu einer großen Versammlung einladen, müßte erst über Heeresverfassung sprechen und dann ein gemüthliches Zusammensein mit von der konservativen Partei bezahltem Freibier abhalten. (Große Heiterkeit links.) Schließlich bringt man ein Hoch auf den konservativen Kandidaten aus und zwingt alle, für ihn zu stimmen. (Große Heiterkeit.) So werden die Wähler bearbeitet. Und angesichts dieser Thatsachen ist es eine sehr ernste Angelegenheit, das Wahlrecht zu sichern. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Lebedow (kons.):
Wir verwerfen nach wie vor den Antrag Wassermann.

Feuilleton.

Nachdruck verboten

Das Vergessen?

Elsaß-Lothringen 1877-1900.

Roman von Th. Cahu und L. Forest.

Aus dem Französischen überetzt von Suzanne Straußigam-Romane.

(24. Fortsetzung.)

VIII.

Stodmann begann wieder, als der Offizier vorbei war: „Man sieht nur ihn... diesen Adlerskral!“

Und in Wirklichkeit schien der Zufall sich daraus eine Freude zu bereiten, daß er sehr oft den deutschen Offizier auf dem Weg der elsässischen Familie führte. Bald auf der Straße, bald auf der Esplanade, jeden Tag mußte man wenigstens einen Gruß mit dem Lieutenant wechseln. Stodmann ärgerte sich um so mehr darüber, weil die im Eisenbahnwagen durch seine Frau gesprochenen Worte den kleinen häuslichen Szenen, deren Ursache der Offizier war, kein Ende gemacht hatten.

Oft noch mußte sich der Elsässer wegen seines Mangels an Laft tadeln lassen.

„Man muß doppelt liebenswürdig sein,“ wiederholte Frau Stodmann, „damit man nicht vor der Günstigkeit eines Deutschen zu erröten braucht und nicht eine peinliche Zurechtweisung hinsichtlich des Zartgefühls erhält.“

Stodmann antwortete nicht mehr. Er fühlte sich im Unrecht, und er hatte den Entschluß gefaßt, selbst den Namen des Dragoners nicht mehr auszusprechen. Aber als er ihn auf dem Wege von Frescati nach dieser ermüdenden Stunde des Wartens wieder sah, hatte er seinen Ausruf über Adlerskraft nicht unterdrücken können.

Luije errödete. Sie fühlte sich schuldig. Nicht der Zufall allein war bei diesen häufigen Begegnungen mit dem Offizier verantwortlich, zwischen ihr und dem Dragoner

gab es einen stillschweigenden Vertrag, eine stumme Vereinbarung, welche den Deutschen berechtigte, dem Schicksal etwas nachzuhelfen, indem er die Gelegenheiten zum Grüßen abpaßte, wenn die junge Dame an bestimmten Stunden ihren Spaziergang unternahm. Das war ein Spiel kleiner Kletterie, ein Spiel unbestimmten Winkels mit den Augen, kaum bemerkbaren Lächelns; es war ein stiller und anmutiger Scherz, mit dem beide ein gefährliches Spiel trieben. Die Fliegen, die um das Feuer herumwirren, verbrennen sich daran die Flügel.

Fritz und Luije hatten sich seit der Reise von Straßburg nach Metz nicht mehr gesprochen, aber ihre Blicke hatten die angefangene Unterhaltung fortgesetzt.

Dieser dem Gedächtnis so teure Vorgang auf der gemeinschaftlichen Reise hatte sich nicht vollzogen, ohne in Luije Bewußtseinsbilder zu veranlassen. Sie hatte das lebhafteste Gefühl für das, was gut und recht ist, sie hatte eine vernünftige Erziehung genossen, sie war ohne übertriebene Sprödigkeit, doch im übrigen war sie eigensinnig wie ihr Vater. Und was vermochte die Erziehung gegen das erwachende Gefühl der Liebe, als die entscheidende Gelegenheit sich darbot!

Luije überließ sich dem Reiz der kleinen Scherze, dem Vergnügen dieses kindlichen Spiels, das oft die Ursache der ernstesten Leidenschaften wird. Sie quälte sich unter den Einsprüchen, die ihr Gewissen erhob, aber die verbotene Frucht hatte für sie eine doppelt unüberstehbare Anziehungskraft. Wenn sie in ihr Zimmer zurückkam, nachdem ihr auf dem Spaziergang der Offizier einen leuchtenden Blick zugeworfen, an dem sie doch mit schuld war, schwor sie sich, künftig nicht mehr so schwach zu sein, die Blicke ihm zuzuwenden und durch irgend ein Zeichen Hoffnungen auf die Zukunft bei ihrem Geliebten zu bestärken.

„Das ist schlecht, das ist schlecht,“ sagte sie sich, indem sie in die drei Worte alle ihre Bewußtseinsmühen zusammenfaßte.

Aber dieser Vorwurf erweckte in ihrem Herzen nicht mehr

die Idee einer schrecklichen Sünde. Sie gewöhnte sich unmerklich daran, sich in gültiger Weise zu rechtfertigen. Sie hielt in ihrem Innern Zwiesprache, und sie fand ausgezeichnete Entschuldigungsgründe, die zu ihren Gunsten ausfielen. Und deshalb wurde sie auch ungeduldig, wenn am anderen Tage, als sie nach der Schulzeit ihren Bruder und ihre kleine Schwester unter den Linden der kleinen Esplanade begleitete, Fritz nicht da war, welchen der Dienst abhielt, den gewohnten Spaziergang, den er langsam, ernst, in scheinbarer Gleichgültigkeit unternahm, auszuführen. Ueber diese Abwesenheit war sie unruhig, sie mußte gegen die Thränen ankämpfen, denn sie war eifersüchtig und bildete sich ein, berraten zu sein. Das quälte sie. Und doch dachte der Lieutenant nicht im mindesten daran, diese stillen Zusammenkünfte zu verfehlen, und es hielten ihn nur die wichtigsten Gründe ab, zur günstigen Zeit auf die Esplanade zu kommen.

Wenn die jungen Leute einander bemerkten, grüßten sie förmlich. Dann begann bei dem Auf- und Abwandeln in den Alleen, wo die kleinen abgefallenen dürren Äste unter den Füßen knackten, das Flug erfundene diplomatische Spiel durch auserhand listige Zeichen und Bewegungen. Es handelte sich darum, nicht die Aufmerksamkeit von Frau Stodmann, von Katherine und von den Kindern zu erregen.

Fritz ging weit hinterher oder auch in der Mitte einer in gleicher Richtung laufenden Baumreihe. Wenn er allein war, schien er in tiefe Träume versunken zu sein. Aber oft brachte er einen Freund mit, und die zwei in ihrer Uniform schneidig auftretenden und mit den Säbeln rassenden Offiziere sprachen von den Vorfällen des Dienstes oder von dem Klatsch der Garnison. Der Lieutenant wagte nur in dem Augenblick Luije einen Blick zuzuwenden, wenn keine Gefahr zu fürchten war. Und wenn Luije antwortete, gebrauchte sie die gleiche Vorsicht.

Anfangs beschränkte sich dieses Anschwärmen aus der Entfernung auf ein Lächeln, auf eine leichte Bewegung der

Es steht zu erwarten, daß bei anhaltend günstiger Bitterung die Arbeiten an dem gewaltigen Bau in vollem Umfange aufgenommen werden.

Städtische Stats. Die Gesamteinnahmen der Friedhofsverwaltung für das Jahr 1902 sind nach dem den Stadtverordneten vom Magistrat Jacoben zugestellten Etat auf 189 891 Mark (gegen 174 860 Mark des Vorjahres), die Gesamtausgaben auf 102 199,85 Mark (gegen 98 504,48 Mark) veranschlagt. Die Einnahme übersteigt die Ausgabe demnach im neuen Etat um 87 691,15 Mark gegen 76 355,42 Mark im Vorjahre. Die Gesamteinnahme der Gorbelyer Wirtschaft für das Jahr 1902 sind vom Magistrat auf 146 924 Mark (gegen 160 263,80 Mark des Vorjahres), die Gesamtausgaben auf 145 574 Mark (gegen 151 733,80 Mark) veranschlagt. Der Ueberschuß beträgt somit nach dem neuen Etat nur 1350 Mark, während er sich im Vorjahre auf 8580 Mark belief.

Ein Zeichen der Zeit. In einem Laden in der Neustadt wurde am Dienstagabend von einem armen Manne gebettelt. Als der Unglückliche das Geld eingesteckt hatte, welches ihm mitleidig von dem Kaufmann gereicht worden war, wandte er sich an den draußen stehenden Schutzmann mit den Worten: „Ich habe gebettelt, um eingesteckt zu werden.“ Schlimmer kann das Elend der heutigen Zustände wohl gar nicht gekennzeichnet werden, als dadurch, daß sich arme Leute schon nach den Eichenwässern der Gefängnisse sehnen.

Die Bäcker-Zwangsinnung in Magdeburg hat beantragt, daß ihr Bezirk auf den ganzen Kreis Wolmirstedt, sowie die Ortschaften Seehausen, Wanzleben, Böttmerisdorf, Diesdorf, Domerleben, Dorf Gädmerleben, Gohndorleben, Osterweddingen, Remkersleben, Schernde, Schleißnitz und die Gutsbezirke Bergen, Gehringendorf und Pefedendorf des Kreises Wanzleben und die Amtsbezirke Cracau, Prefter, Wiederitz, Königshorn und die Stadt Gommern des Kreises Jerichow I ausgedehnt werde, und daß sämtliche Gewerbetreibende, die das Bäcker-Gewerbe in diesen Orten oder Amtsbezirken ausüben, der Zwangs-Innung zugewiesen werden.

Juristisches aus der „Magdeb. Ztg.“ Die „Magdeburger Zeitung“ nennt die von uns gestern bereits zum Abdruck gebrachte Veröffentlichung des beispiellosen Tirpitzschen Geheimerlasses, welcher die Beamten des Marineamtes zu den Vorarbeiten einer neuen Flottenvorlage veranlaßt hat, — „rechtswidrig“. Diesmal ist die brave Magdeburgerin mit ihrer Denunciation gründlich hineingefallen; einstweilen giebt es kein Gesetz, welches der Presse das Recht der Veröffentlichung solcher Geheimerlasse untersagt, deren Mitteilung in den Zeitungen im Interesse der Gesamtheit übrigens unbedingt erforderlich ist. Wenn die „Magdeburger Zeitung“ uns nicht glauben mag sie die „Berl. Neuest. Nachr.“ lesen, ein anderes Nachbarnblatt, welches es als eine Bude im Strafgesetze daß derartige Publikationen von Erlassen, die das öffentliche Interesse betreffen, einstweilen noch erlaubt eine Ausfüllung die „Lücke“ ist natürlich nicht

schreckliches Unglück ereignete sich am nachmittag gegen 4 Uhr im Hause Scharenstraße 13. In einer Wohnung im zweiten Obergeschoß wollte die dort wohnende 76-jährige Witwe Hansmann Feuer machen. Die Unvorsichtige nahm eine Küchenlampe und goß hieraus Petroleum auf das Heizungsmaterial, wobei auch ihre Kleider bespritzt wurden. Beim Anzünden des Feuers ergriff die aus dem Ofen herausströmende Flamme die Kleider der armen Frau, welche nun laut Hilfe rufend und am ganzen Leibe brennend nach dem Flur lief, woselbst sie alsbald lautlos zusammenbrach. Die Feuerwehr wurde sofort alarmiert und auch trotz des fast vollständig verbrannten Kopfes und anderer vieler Brandwunden sofort Wiederbelebungsbemühungen vornahm; jedoch blieben diese ohne Erfolg. Auf Veranlassung

Meistertitel und Lehrlingsannahme. Ueber den letzten, mit dem 1. Oktober 1901 in Kraft getretenen Teil des Handwerkergesetzes bestehen unter den Kleinmeistern und Arbeitern noch viele Unklarheiten. Es dürfte daher nicht uninteressant sein, hierüber folgendes nach der „Süddeutschen Zimmermeister-Zeitung“ mitzuteilen. Erste Frage: Wer darf Lehrlinge ausbilden? Antwort: 1. Wer vor dem 1. April 1901 Lehrlinge eingestellt hat, darf sie auslernen lassen. 2. Nach dem 1. April 1901 darf nur derjenige Handwerker Lehrlinge ausbilden, welcher entweder a) 24 Jahre alt ist und nach mindestens dreijähriger Lehrzeit die Gesellenprüfung bestanden hat, oder b) 24 Jahre alt ist, mindestens eine zweijährige Lehrzeit zurückgelegt hat und seit 5 Jahren das Handwerk persönlich selbstständig ausübt, oder c) 24 Jahre alt ist, mindestens eine zweijährige Lehrzeit zurückgelegt hat und 5 Jahre als Werkmeister oder in ähnlicher Stellung thätig war. Handwerker und Gewerbetreibende, welche nicht einer dieser unter a, b und c angegebenen Voraussetzungen entsprechen, dürfen keine Lehrlinge ausbilden bei Strafe bis zu 150 Mark. Die Lehrlinge werden polizeilich weggenommen. Zweite Frage: Wer darf sich Meister nennen? Antwort: 1. Wer vor dem 1. Oktober 1901 sein Handwerk persönlich selbstständig ausgeübt hat, 24 Jahre alt ist und nach dreijähriger Lehrzeit die Gesellenprüfung abgelegt hat, oder 2. vor dem 1. Oktober 1901 5 Jahre lang sein Handwerk selbstständig ausgeübt hat, 24 Jahre alt ist und mindestens eine zweijährige Lehrzeit zurückgelegt hat, oder 3. vor dem 1. Oktober 1901 5 Jahre lang als Werkmeister thätig war, 24 Jahre alt ist und mindestens eine zweijährige Lehrzeit zurückgelegt hat. Wer nach dem 1. Oktober 1901 ein Geschäft angefangen hat, darf sich nur Meister nennen, wenn er die Meisterprüfung abgelegt hat. Fängt heute z. B. ein Zimmerer für sich ein Geschäft an, so kann er den Meistertitel nur führen, wenn er die Meisterprüfung bestanden hat. Hat er diese Bedingung nicht erfüllt und nennt sich dennoch Meister, so wird er bis zu 150 Mark gestraft. Das Geschäft kann er anfangen und Gesellen einstellen, aber Lehrlinge annehmen und sich Meister nennen darf er nur dann, wenn er den hier angeführten Bestimmungen des Gesetzes genügt.

Magdeburger Angelegenheiten. Magdeburg, den 30. Januar 1902. Der Justizneubau in der Sudenburg ist im verflossenen Jahre ganz bedeutend gefördert worden. Die gewaltigen Bauarbeiten des nach der Halberstädterstraße zu gelegenen Geschäftsgebäudes, sind bis zur Fußbodenhöhe der ersten Etage fertig gestellt. Die gesamte Hauptfassade und die vorderen Teile der Seitenfronten mit Einschlüssen hier herzustellenden Türme werden ganz in echtem Mauerwerk und zwar in schlesischem Sandstein aus Warthau und vollständig ausgeführt. Sämtliche Steinmearbeiten sind den Steinmehrmestern Gebr. Feidler in Berlin übertragen. Verkehr zwischen den einzelnen Stockwerken wird durch die große Haupttreppe und neun Nebentreppe vermittelt. Die Bauverwaltung beabsichtigt, das Gebäude bis zum nächsten Winter unter Dach zu bringen. Von dem hinter dem Hauptgebäude befindlichen einfach gehaltenen Gefängnisbauwerk ist das Männergefängnis mit dem Verwaltungsgebäude, das Frauengefängnis und ein Beamtenwohnhaus in der Ausführung begriffen. Interessieren dürfte es, daß außer den zur Fundamentierung verwendeten Oberröster Bruchsteinen, für die gesamte Bauanlage etwa 15 Millionen Ziegelsteine erforderlich sind. Von diesem Quantum sind bis zum Abschluß des Jahres 1901 rund fünf Millionen vermauert worden. Die vor Weihnachten eingestellten Maurerarbeiten sind zum Teil bereits wieder aufgenommen.

der Liebe vertrieben. Seine sehr lebhaft eingeprägten Eindrücke ging die gleichen Wege wie Luise's Schwärmerei. Der Offizier vernachlässigte seinen Dienst, irrte stundenlang durch die Stadt, kam beständig in die Straßen zurück, die seinen Liebestraum am lebendigsten erziehen ließen. Dort wartete er lange, verjätete sich, ohne etwas zu erreichen. Seine Aufregung steigerte sich bis zur Krankhaftigkeit. Zu Hause las er Gedichte. Besonders Heinrich Heine, der grausame Sänger der verräterischen Klümelein, der falschgleitenden Sterne, der schlimmen, bösen Leidenschaften, hatte es ihm angethan. Mit seiner männlichen Erfahrung sah Fritz klarer in seinen Gefühlen als Luise in ihren Empfindungen. Ihr gemeinames, harmlos kindliches Spiel, war allmählich ernst und folgen schwer geworden, dessen war er sich wohl bewußt, und wenn es ihm gelang, dem Zuge seines überbollen Herzens zu widerstehen, quälten ihn bange Zukunftsgedanken. Er sah wohl ein, welche ernste Folgen dieses kleine Abenteuer nach sich ziehen konnte, und wie tief diese Erlebnisse ihn erschütterten. In manchen Zeichen erkannte er, daß diese scheinbar oberflächliche Liebelei tiefgreifende Wurzeln in seinem Herzen geschlagen hatte, daß sie mehr war als nur der eitle, dumme Stolz, ein zwanzigjähriges Herz verlockt zu haben. Vor allem hatte Adlerskraft mit der Baronin von Kantenbach gebrochen, obgleich diese Verbindung ihm in seinem Dienste gar manche Erleichterung bringen konnte, und dies das beste Mittel war, bei seinem Major gut angeschrieben zu sein. Während einer Zusammenkunft mit der Baronin war plötzlich das verklärte Bild von Luise vor Fritz erschienen. Und plötzlich ergriß ihn das Bedürfnis, die Frau zu beklagen, mit der er zusammen war, als ob er seinen Treubruch an der Abwesenden dadurch sühnen konnte. Heilig mit heimliche harten Worten hatte sich Fritz losgesagt. Die Baronin war zunächst verständnislos zurückgeblieben. Bald hatte sie ihm aber haßerfüllte Rache zugeschworen,

und Fritz merkte schon die Folgen dieser Feindschaft, da der sonst gegen ihn stets nur liebenswürdige Major jetzt alles an ihm mit übertriebener Strenge beurteilte. Den Widerwillen von Fritz gegen die Baronin konnte man verstehen, da ihre Reize längst die volle Reize überschritten hatten. Mehr Bedeutung hatte sein Verhalten gegen Luise Wernet. Die verführerische Freundin des Rittmeisters von Schwalm-Sugelmar hatte sehr bald den Wunsch genährt, den jungen Offizier zu erobern. Da sie sich durch ihre Klugheit und durch ihre Frömmlichkeit doppelt im Vorteil fühlte, hatte sie aus ihrer vertriebenen Laune kein Geht gemacht. Anfangs hatte sich Fritz gern zerstreuen lassen. Der oberflächliche Geist dieses Weibes sprühte wie Champagner, ihre Vertraulichkeiten waren so einsam und schmeichelnd, das Laster erschien so entzückend. Aber diese Verliebtheit des Leutenants ging nicht tief, sie blieb nur ganz oberflächlich. Sobald Fritz die kalte Welt nicht mehr sah, dachte er auch nicht mehr an sie. Wenn Luise Wernet ihn nicht durch ihre Briefchen aufzufordern hätte, ihm wären die Stunden ihrer Zusammenkünfte entfallen, er hätte das Wiederkommen vergessen. Luise war ihm ein angenehmes Spielzeug, das er aber keineswegs aufsuchte. Wenn er sich bemühte, seine vielverschlungenen Gefühle zu entwirren, verglich er die Maitresse des Rittmeisters mit einem goldenen, süßen, angenehmen Trank, dem man aber nur in kleinen Zügen zusprechen möchte. Und selbst in flüchtigen Rausche blieb in Fritz's Seele eine unbestimmte Unruhe zurück. Schwere, oft peinliche Gedanken konnte er nicht hantieren. Zuweilen kam er sich schlecht, schwach und verächtlich vor. Und so wurde der Bruch mit Luise ebenso entschieden, wenn auch etwas sanfter als mit der Baronin. Luise drohte ihrem ungetreuen Freund, sie würde diejenige schon zu entdecken wissen, für die er sich von ihr wende, sie würde sich wohl zu rächen wissen.

Abg. Weich - Coourg (Freis. Vg.): In Bayern giebt es überall Wahlmänner, daran könnten sich die anderen Staaten ein Muster nehmen. Nehmen Sie, bitte, den Antrag Nicker mit möglichst großer Majorität an. (Bravo! links.) Darauf schließt die Diskussion. Im Schlusswort hebt

Abg. Dr. Bachmiche (Freis. Vg.) hervor, daß der anwesende Regierungsvertreter geschwiegen habe, damit mache sich die Regierung zum Mitschuldigen an dem Unfug. Die Ausführung des Antrags ist nicht unmöglich; er ist gestellt im Namen der politischen Moral. (Bravo!) Der Antrag v. Tiedemann auf Kommissionsberatung wird gegen die Stimmen der Konservativen abgelehnt. Das Haus tritt in die zweite Beratung ein. Die Anträge Nicker und Gröber werden ohne Diskussion gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.

Hierauf tritt das Haus in die zweite Lesung des Antrages Dr. Dieber (Centr.) und des Antrages Dr. Dieber (Centr.) über die Freilassung der Religionsübung. (Berichterstattung Abg. Dr. Dieber.) § 1 bestimmt in der Kommissionsfassung: Jedem Reichsangehörigen steht innerhalb des Reichsgebietes volle Freiheit des Religionsbekenntnisses, der Vereinigung in Religionsgemeinschaften, sowie der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Religionsübung zu. Den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten darf durch Ausübung der Religionsfreiheit kein Abbruch geschehen. Die Abgg. Dr. Dieber und Dr. Sattler (natl.) beantragen dazu folgenden Zusatzantrag: Der Erlaß von Gesetzen zur Ausführung des vorstehenden Grundgesetzes ist bis zum Erlaß eines Reichsgesetzes über Vereins- und Versammlungsrecht Sache der Einzelstaaten.

Abg. Schrader (Freis. Vg.): § 1 ist wörtlich aus der preussischen Verfassung übernommen und der bestehende Zustand hat sich in Preußen durchaus bewahrt. Ich bitte diesen Paragraphen unverändert anzunehmen.

Abg. Dr. Dieber (natl.): Wir können für § 1 nur dann stimmen, wenn auch der Zusatzantrag angenommen wird. Wir halten die Schaffung eines Vereins- und Versammlungsrechtes für den allein richtigen Weg zur Beseitigung der Mißstände. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Graf Bernstorff-Lauenburg (Rp.): Wir haben Bedenken gegen den Paragraphen, weil wir darin den Anfang sehen, die Kompetenzen des Reiches auf dieses Gebiet auszuweihen. Schwierigkeiten, die man in manchen Einzelstaaten der freien Religionsübung bereitet, möchte auch ich beseitigt. Staatssekretär Graf Josadowitsch: Der Herr Reichsminister hat bereits bei der ersten Lesung dieses Entwurfs betont, daß die Regelung der in § 1 enthaltenen Materie den Einzelstaaten vorbehalten ist. Es kann aber nicht bestritten werden, daß es wünschenswert ist, daß die Ungleichheiten auf dem Gebiet des Kirchenstaatsrechts gegenüber den katholischen Reichsangehörigen möglichst beseitigt werden. Daher hat sich der Herr Reichsminister zunächst an die medienburgische Regierung gewandt, mit der Anfrage, wie weit die Wünsche dieses hohen Hauses Rechnung getragen werden könne. Die medienburgische Regierung hat erklärt, sie sei entschlossen, den katholischen das Recht der öffentlichen Religionsübung im wesentlichen in gleicher Weise wie in Preußen und Bayern zu gewähren. Der Herr Reichsminister ist entschlossen, auf diesem Gebiete durch bundesfreundliche Verhandlungen die noch bestehenden Rechtsungleichheiten zu Ungunsten der Katholiken zu beseitigen. Ich bitte Sie abzuwarten, welchen Erfolg diese Thätigkeit haben wird. (Beifall links.)

Medienburgischer Bevollmächtigter Dr. Langfeld: Meine Regierung wird alle berechtigten Wünsche der katholischen Kirche erfüllen. Sie hat eine Vorlage eingebracht, die in § 1 den Katholiken die öffentliche Religionsübung zugestehet, § 2 billigt allen Gebäuden und Einrichtungen der katholischen Kirche denselben Rechtsschutz zu, wie den Einrichtungen der lutherischen Kirche. § 3 macht lediglich die Vorbehalte, daß die landesherrlichen Kirchen gegenüber bestehen. (Bravo! im C.)

Braunschweigischer Bevollmächtigter Fehr. v. C.: erklärt, daß dem braunschweigischen Landtage ein Entwurf vorgelegt sei, der Parität für Katholiken und Protestanten bringe.

Abg. Dr. Wachen (Centr.): Die Erklärungen der Regierungsvertreter bedeuten den Anbruch einer neuen Zeit. Besonders wird auch Sachsen dem Beispiele Mecklenburgs und Braunschweigs folgen.

Abg. Kunert (Soz.): Wir verlangen Trennung der Kirche vom Staat und absolute Freiheit der religiösen Meinungen. Daher stimmen wir dem § 1 des Entwurfs zu. Die Erklärung des Grafen Josadowitsch befriedigt uns nicht, denn die Dissidenten sind in ihr gar nicht berücksichtigt. — Den Zusatzantrag Dieber lehnen wir ab, da er aus parlamentarischen Freiheiten entspringt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Hierauf wird ein Verlagsantrag angenommen. Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (3. Sitzung der Braunschweiger Bevollmächtigten. 2. Beratung des Etats des Reichskamms des Innern.) Schluß 6 Uhr.

Jünger. Dann wagten die Liebenden mehr. Fritz setzte sich bisweilen auf eine Bank unter einem Baume. Er zeichnete mit seinem Säbelende einfache Figuren oder Buchstaben in den Sand: zwei Herzen, zwei verschlungene Hände, ein I und ein Z, die miteinander verbunden waren. Wenn dieses schwere Werk zu Ende war, antwortete er sich. Luise las und deutete dann, wenn sie vorüber kam, diese einfachen Zeichen, die die Liebe eronnen hatte. Abgesehen von diesen Vorgängen, hatte Luise noch Schlimmeres begangen, weswegen sie glaubte, sich tadeln zu müssen. Eines Tages hatte sie freiwillig ihren Handschuh fallen lassen. Fritz hatte ihn aufgehoben und wie ein Heiligthum dabongetragen. Ein anderes Mal hatte sie einen kleinen Strauß Nizzaer Beilschen zerlegt und die eine Hälfte auf einem Stuhle zurückgelassen. Ein Handschuh und Blumen! Das war fast so gut wie das Besitzen der Ringe. Die Einbildungskraft des jungen Mädchens trieb unaußersächlich ihr Spiel, aber immer mit denselben Gegenständen, immer mit dieser Liebeshandlung, und das Nachdenken über dies eine Gefühl wurde immer wieder durch allerlei kleine Vorfälle angeregt, die dann für sie zu wichtigen Ereignissen heranwuchsen. Sie hatte nur noch einen Traum. Darin sagte sie ihr ganzes Sein und Denken zusammen. Sie meinte eine ganze Nacht, weil ein geträumtes Maßliebchen, das sie in einem Buche aufbewachte, auf ihr Beiragen: „Er liebt mich? ... von Herzen? ... mit Schmerzen? ... ein wenig? ... gar nicht?“ geantwortet hatte: „Gar nicht.“ Das Kartenlegen dagegen brachte ihr ein wenig Trost. Aus dem Karten las sie die bestimmte Versicherung heraus, daß Fritz sie liebe. Ein anderes Mal hatte sie Ohrenschmerzen und verjuchte ihnen das übliche, vom Aberglauben erbornere Mittel, die Zuckerkuchen des Alphabets der Liebe nach durchzusprechen. Sie kam bis Z, sofort war das Sausen vorbei. Also hatte offenbar Fritz an sie gedacht. Auch Adlerskraft ließ sich mehr und mehr in den Zauber

eines herbeigerufenen Arztes wurde die Leiche der Unglücklichen nach der Leichenhalle des Krankenhauses gebracht. — **Bannfall.** Auf dem Jacobischen Neubau in der (Maabstraße, Wilhelmstadt) wurde heute ein Klempner tot aufgefunden. Derselbe ist von oben bis zum Parterre gefallen. Der Unfall hat dadurch den bedauerlichen Ausgang genommen, daß entgegen der Polizeivorschrift die beiden unteren Stagen nicht abgedeckt worden waren. Wäre die Verordnung befolgt worden, hätte sich der in so bedauerlicher Weise ums Leben gekommene höchstens eine leichte Verletzung zuziehen können. Wir hoffen, daß die Behörden jetzt endlich sorgfältig darauf achten, daß wenigstens die noch völlig unzulänglichen bestehenden Bestimmungen bezüglich des Bauarbeiter-schutzes innegehalten und nicht fahrlässig Menschenleben vernichtet werden. —

— **Selbstmord.** Dienstag abend gegen 6 1/2 Uhr erschöpfte sich im „Wilhelmstaden“ ein etwa 23jähriger Mann. Seinem Weibchen nach schien er den besseren Ständen anzugehören. Die herbeigerufene Sanitätswache Buchau konnte keine Hilfe mehr leisten, da der Tod bereits eingetreten war. Bei dem Toten fand man — außer seiner Photographie — eine Monatskarte der Berliner Straßenbahn mit dem Namen Bruno Kornow. Die Leiche wurde nach der Leichenhalle gebracht. —

— **Verhaftet** wurde am Dienstag abend eine Ladendiebin. Dieselbe, eine in den mittleren Jahren stehende Person, war erst vor kurzem hier zugereist. Die Diebin hat verschiedene Läden aufgesucht, sich Waren vorlegen lassen und dann alles, was nur irgend ging, an sich genommen. Unter anderem hatte sie seidene Schürzen, Leinwandwaren usw. gestohlen. —

— **Zwei vierbeinige Esel** tummelten sich heute früh an den Glacis am Adelheidring in der Nähe der „Stadt Köln“ herum. Die beiden Grautiere waren offenbar durchgegangen und bewegten sich so lebhaft und munter, daß man ihnen nichts von der Trägheit anmerkt, welche das ungerechte Urteil der öffentlichen Meinung dieser Tierart andichtet. Offenbar empfinden auch Esel mächtigen Thatendrang, wenn sie einige Momente der Freiheit erkämpft haben. Todesmutig stürzten sich jedoch einige Passanten, besonders ein Schwächtergesehle auf die freiheitslüsternen Esel und es gelang schließlich, sie wieder in ihre schützenden Penaten auf dem Hofe der „Stadt Köln“ zurückzutreiben. Der drohend geschwungene Pafel eines Hausburschen ließ erraten, daß ihnen nachträglich noch deutlich exemplifiziert worden ist, daß in Preußen für wirkliche Freiheit keine Stätte ist. —

— **Aus dem Bureau des Stadt-Theaters** wird uns geschrieben: Auf die in der heutigen „Undine“-Aufführung stattfindenden beiden Gastspiele auf Engagement, des Fräulein Hedwig Hübsch als Undine und des Herrn Bronsgeest als Kühleborn sei nochmals aufmerksam gemacht. Ende der Vorstellung ist gegen 10 Uhr. Wir möchten unsere Opernfreunde darauf hinweisen, daß trotz des außerordentlichen Interesses, welches dem Gastspiel der Hofopernsängerin Emmy Destinn entgegengebracht wird, eine Wiederholung desselben wegen anderweitiger kontraktlicher Verpflichtungen des Gastes unmöglich ist. Die P der Mignon, in welcher wir die Gastin hören, soll eine ihrer reichsten Leistungen sein, da die jugendliche Ammut der junger Lein, welche in so unerhöht kurzer Zeit eine so ausgezeichnete machte, ihre glühende Lebenskraft und ihre reichen Stimmsie für diese Partie besonders geeignet erscheinen lassen. Die Spielmobilität unserer Würtbürgerin, der Frau Direktor Dr. Wolb, „Ihr Gott“, ist Repertoriumswierigkeiten wegen aus nächster Woche v liegt worden und findet die erste Aufführung derselben definitiv, Donnerstag, den 6. Februar, statt. Am Sonnabend wird unsere Novität „Nacht und Morgen“ wiederholt. —

Provinz und Umgegend.

k. Gr.-Ottersleben, 29. Januar. (Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins) findet am Sonntag, den 2. Februar, abends 7 Uhr, im Strumpffischen Lokale statt. Wir erwarten, daß alle Mitglieder pünktlich erscheinen werden, damit die in voriger Versammlung zurückgesetzte Tagesordnung erledigt werden kann. —

Sohenbobeleben, 29. Januar. (Kärgliche Lehrerinnegehalt. Wie wir dem „Wanzlebener Kreisblatt“ entnehmen, wird am 1. April hier eine Lehrerinnenstelle frei. Dieselbe ist ausgestattet mit einem Grundgehalt von 775 Mark, freier Wohnung im Werte von 150 Mark. Bewerbungen sind an die königliche Regierung II zu Magdeburg zu richten. Es ist beschämend, daß man Lehrerinnen ein derartiges Gehalt anbieten kann. —

Behendorf, 28. Januar. (Noch etwas vom Ortsvorsteher.) Gestern mußten wir darauf hinweisen, daß entgegen den klaren Bestimmungen der Landgemeindeordnung die Wählerlisten zur Gemeindevertreterwahl noch immer nicht ausliegen. Der hiesige Ortsvorsteher beweist aber seine seltsame Unkenntnis der einschlägigen Bestimmungen auch dadurch, daß er glaubt, nur derjenige sei wahlberechtigt, der zwei Jahre am Orte wohnt, und die Liste demgemäß auszuschreiben begonnen hat. Wir machen den Herrn daher darauf aufmerksam, daß zur Wahlberechtigung schon ein Jahr Aufenthalt am Orte genügt. —

ow. Biederitz, 28. Januar. (An die Wähler der dritten Wahlabteilung.) Die Wählerlisten zur Gemeindevertreterwahl liegen bis zum 7. Februar aus. Es ist Pflicht jedes Wählers, sich zu überzeugen, daß er eingetragen ist. Sollten Wähler vorhanden sein, die ihrer Arbeitsverhältnisse wegen die Liste nicht einsehen können, so können sich die Betreffenden beim Unterzeichneten, der gern bereit ist, die Liste einzusehen, melden. Otto Böhler.

Burg, 29. Januar. (Eine bittere Enttäuschung) erlebten die circa 150 Arbeitslosen, die sich heute morgen infolge des Bescheides in der Arbeitslosen-Versammlung und infolge der behördlichen Aufforderung, in der Ackerstraße einzufanden. Daß von den Erschienenen nur der fünfte Teil Arbeit erhielt, wollen wir mit technischen und sonstigen Schwierigkeiten entschuldigen, abgleich der Magistrat von den seitens des Gewerkschafts-Karteils ermittelten Arbeitslosen-Zahlen unterrichtet war und somit über die Ausbreitung der Arbeits-

losigkeit nicht im Unklaren sein konnte. Für eine Arbeitszeit von 7 Uhr morgens bis 5 1/2 Uhr nachmittags — also für 9 Stunden in Wind und Wetter — bietet die Stadt einen Lohn von 1 Mark 75 Pf., in Buchstaben: eine Mark und fünfundsiebzig Pfennige. Das sind also nicht einmal 20 Pf. pro Stunde. Einer solchen sozialpolitischen Einsicht stehen wir sprachlos gegenüber. Die Arbeitslosen verlangen Arbeit, die ein Teil auch erhält, und für diese Arbeit bietet die Stadt ein — Almosen. Nein, verehrte Stadtverwaltung, so war das nicht gemeint! Die Stadt ist verpflichtet, Arbeit zu schaffen, aber für diese Arbeit wird auch ein zwar bescheidener, aber den Verhältnissen entsprechender Lohn verlangt. Derselbe beträgt aber für derartige Arbeiten am Orte nicht 19 Pf. pro Stunde, sondern 27 bis 30 Pf. Und wie erbärmlich und kläglich nimmt sich erst das Ganze aus, wenn man damit die Leistungen der Gewerkschaften, dieser von der kapitalistischen Horde so gehassten und gefürchteten Arbeitervereinigungen vergleicht. Die Buchdrucker zahlen ihren Arbeitslosen 14 Mark pro Woche, die Bildhauer 7 bis 9 Mark, die Handschuhmacher 7 Mark, ohne Arbeitsleistung! Und die Stadt Burg bietet für 54 Stunden Arbeit 10 Mark 50 Pf. pro Woche! Gut ab! —

Burg, 29. Januar. (Die Bürger „Neuesten Nachrichten“, deren „geistreiches“ Referat über unsere erste Arbeitslosenversammlung wir in der „Volksstimme“ bloßstellten, hat das Bedürfnis, für sich Reklame zu machen und wendet circa 150 Zeilen an unsere kurzen Bemerkungen. Nachdem diese Zeitung einige Druckfehler gebührend hervorgehoben hat, spricht sie von „Arbeitslosen-Rummel“, der hier in Burg nicht so groß sei, wie wir es aus parteipolitischen Gründen gern haben möchten. Auf diesen Erguß, der unbeholfene Gemeinheit mit Blödsinn innig vereint, reagieren wir nicht. Die Thatsache, daß am Mittwoch morgen nur 120 Arbeitslose — nach unseren Informationen waren es 150—170 — angetreten waren, läßt das Blatt zu dem Schluß kommen, daß „nur“ soviel Arbeiter hier ohne Arbeit seien. Und das sei bei 23 000 Einwohnern nichts so Gewaltiges. Die Herren sind gewiß der Meinung, daß 120 Arbeiter mit ihren Angehörigen den Hunger weniger fühlen, wenn sie wissen, daß ihre anderen Arbeitskameraden etwas zu essen haben. „Wer nicht fleißig in punkto Arbeit ist, der schlägt sich schon noch durch,“ bemerkt das Blatt weise. Wenn das wahr ist, wozu giebt der Magistrat der Stadt Arbeit aus? Wenn das Blatt dann die Herren der „Volksstimme“ fragt, was wir dazu sagen, daß am Mittwoch morgen die zur Arbeitsvergebung gekommenen Leute nach Bekanntgabe der Arbeits- und Lohnbedingungen wieder davongingen, so bemerken wir erstens, daß ja von den 150 Erschienenen nur 35 eingestelt wurden und die übrigen also gehen mußten; zweitens aber meinen wir, daß diese „Lohnbedingungen, welche die Stadt bietet, derart sind, daß nur Arbeiter, die direkt vor dem Verhungern stehen, dieselben annehmen können und werden. Auf die Vorlesungen, die uns die Herren über „Arbeitsarbeiter“ halten und die eine intime Geistesverwandschaft mit diesen Arbeitern verraten, einzugehen, haben wir keine Ursache. Unseren Hinweis darauf, daß der Bericht „Neuesten Nachrichten“ erst den Tarif der Buchdrucker ablesen möchte, bevor die Redaktion sozialpolitische Exkursionen unternimmt, beantwortet das Blatt im Schlußsatz wie folgt: „Wer die Arbeit giebt, setzt auch den Lohn fest; natürlich nach Recht und Billigkeit.“ Tarifanerkennungen werden hier nicht unterschrieben.“ Punktum! Damit verabschieden wir uns von diesem sozialpolitisch-hinterwäldlerischen Arizona-Ritter, genannt „Neueste Nachrichten“. —

Erfurt, 27. Januar. (Eindim Gerichtssaal.) Die Leipziger „Neuesten Nachrichten“ lassen sich aus Erfurt schreiben:

„Ein angebettelter Gerichtshof gehört immerhin zu den Seltenheiten. Ein solcher war am Sonnabend derjenige des Schöffengerichts in Erfurt. Nachdem ein Greis wegen Bettelns zu einer Haftstrafe, welche durch die Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurde, verurteilt worden war, trat er an den Richterisch und bat ihn lebhafte; „Bitte, schenken Sie mir ein paar Pfennige, damit ich etwas habe, wenn ich entlassen werde.“ Der Herr Vorsitzende erwiderte: „Das ist doch stark, kaum verurteilt, machen Sie sich wieder strafbar und betteln sogar das Gericht an!“

Ein mittelloser Greis, der keine Arbeit mehr findet, kann eben nicht leben, ohne zu betteln, wenn er zum Stehlen zu ehrlich ist. Es ist ein Widersinn, daß ein solcher Mann laut Gesetz bestraft werden muß; seine neue „Straftat“, die den Richter so empörte, beweist, daß Strafen nicht das Betteln hindern können. —

Güsten, 28. Januar. („Noch sehr rüstig.“) Der „Saale-Zeitung“ entnehmen wir die folgende Notiz: Die Stadtverordnetenversammlung hat den Rentier Wilhelm Voigttritter zum ersten Stadtrat gewählt. Herr V. ist schon 75 Jahre alt, aber noch sehr rüstig. —

Halle, 29. Januar. (Eine notwendige hygienische Maßnahme.) Die hiesige Polizeiverwaltung hat der Eröllwitzer Papierfabrik die Benutzung des Sulfatverfahrens wegen der dabei zur Entwicklung kommenden lästigen und gesundheitschädlichen Gerüche für die Zukunft verboten. —

Halberstadt, 30. Januar. (Der Stadthaus-haltsetat) für 1902, der im Ordinarium mit 1 515 000 Mk. gegen 1 497 810 Mk. im laufenden Etatsjahre abschließt, weist in den Einnahmen u. a. folgende Titelsummen nach: Uebererschuß vom Wasserwerk 30 000 Mk., von der Gasanstalt 90 000 Mk., Zuschuß von der Hospitalkasse für Uebernahme der früheren Hospitalkasse 22 000 Mk., (23 000 Mk. im Vorjahre), vom Begräbniswesen 17 925 Mk., Polizeistrafen 5000 Mk., Luftbarkeitssteuer 8100 Mk., Grundsteuer 44 280 Mk., (180 % von der veranschlagten Grundsteuer in Höhe von 24 600 Mk.), Gebäudesteuer 194 400 Mk., Gewerbesteuer 97 200 Mk., Einkommensteuer 565 000 Mk. (weniger 7000 Mk.), Betriebssteuer 4000 Mk., Hundesteuer 105 000 Mk., Biersteuer 26 000 Mk., (1000 Mk. mehr), Umsatzsteuer 25 000 Mk. (5000 Mk. weniger), Pacht für die Stadtdomäne St. Johann nach einem jährlichen Pachtgelde von 35 860 Mk. mit 1/2 % Anteil = 20,403 Mk., Häusermiete 55 615 Mk.

(510 Mk. weniger), Pacht für Acker und Weiden 25 560 Mk., aus der Schuldenverwaltung 202 384 Mk. (17 104 Mk. mehr) usw. In der Ausgabe sind veranschlagt für die allgemeine Stadtverwaltung 154 489 Mk. (2533 Mk. mehr) und zwar für Besoldungen 111 692 Mk., Ruhegehälter 28 205 Mk., allgemeine Verwaltungslohn 19 542 Mk., ferner Beitrag zu den Provinzialabgaben 52 000 Mk., Zuschuß für die Schulen 452 800 Mk. (8000 Mk. mehr), und zwar für das Realgymnasium 63 040 Mk., für die Oberrealschule 35 100 Mk. (5347 Mk. mehr), für die höhere Mädchenschule 24 262 Mk., für die gehobene Bürgerschule 42 600 Mk., für die evangelischen und katholischen Volksschulen 256 400 Mk., für die Fortbildungsschulen etwa 7000 Mk., für die Besoldungen in der Polizeiverwaltung 82 881 Mk., für die Armenpflege 112 570 Mk., für Straßenpflaster 47 550 Mk., für Reinigung der Straßen usw. 18 500 Mk., für Verzinsung und Tilgung der städtischen Schulden 393 343 Mk. (7518 Mk. mehr) und zur allgemeinen Verfügung der Stadtbehörden 22 484 Mk. (5701 Mk. mehr). —

Halberstadt, 28. Januar. (Ehrenamt.) Der hiesige Erste Staatsanwalt Dr. Benedix ist zum Vorsitzenden des Konservativen Vereins gewählt worden. —

Quedlinburg, 29. Januar. (Eine außerordentliche Volks-Vereinsversammlung) findet am Sonnabend, den 1. Februar, im Restaurant „Vorwärts“ statt. Wir machen die Mitglieder auf die Wichtigkeit der Tagesordnung aufmerksam und erwarten daß jeder am Platze ist. —

Stassfurt, 29. Januar. (Kali-Syndikat.) Vor einiger Zeit teilten wir mit, daß dem Kali-Syndikatsvertrag eine der in Betracht kommenden Firmen sich nicht angeschlossen hat. Diese Firma ist die Gewerkschaft „Kaiserode“ zu Aschersleben, welche sich aber jetzt auch nach der „Magdeburgischen Zeitung“ unter dem Vorbehalt der brieflichen Klarstellung einiger zweifelhafter Punkte und der Genehmigung seitens der Gewerkschafterversammlung angeschlossen hat. —

kl. Thale, 28. Januar. (Ununsere Genossen.) Es sei auch an dieser Stelle nochmals auf die am Sonntag, den 2. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, stattfindende Versammlung des Volksvereins hingewiesen. Pflicht der Mitglieder und Parteigenossen ist es, die Versammlungen zu besuchen. Auf der Tagesordnung steht zum zweiten Male die Vorstandswahl, welche erledigt werden muß. Der Vertrauensmann.

Wernigerode, 28. Januar. (Aus dem deutschen Theaterleben früherer Zeiten.) Von den einfachen Theaterzetteln in unseren Tagen, die sich auf thatsächliche Angaben beschränken, unterschieden sich die alten Theaterzettel sehr, wie einige merkwürdige Beispiele, der „Zeitschrift des Harzvereins“ mitgeteilt werden, Es handelt sich darin um Theater-Aufführungen in der Stadt. Der 30jährige Krieg hatte die üblichen Aufführungen von geistlichen und Schulkomödien unterbrochen, aber in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts bildete sich hier ein neues Bühnenwesen aus, das sich dem rohen Volksgeschmack anzupassen mußte. Aus dieser Zeit ist ein interessanter Theaterzettel erhalten, der nach Art der Zeit nur Tag und Monat, nicht das Jahr der Aufführung enthält, aber seinem Schriftcharakter nach in das Ende des 17. Jahrhunderts gehört. Das aufgeführte Stück ist augenscheinlich eine hochdeutsche Bearbeitung von Calderons „Das Leben ein Traum“, das aber des unvermeidlichen lustigen englischen „Bickelhärings“ und des lustigen Nachspiels nicht entbehren durfte. Die Einladung zu der Aufführung lautet: „Die rechte Hochdeutsche Compagnia Commoedianten mit ihren bey sich habenden sehr lustigen Englischen Bickelhering. Werden hinführo durch Bergbüstigung und gnädiger Erlaubnuß Einer Hochgebetenden Obrigkeit allhier in dieser weltberühmten Stadt Wernigeroda sich unterschiebene mal sehen lassen, in zierlichen, neuen wohlgeleskten, Geist und Weltlichen, Commoedien, Tragoedien und Pastorellen. Sie werden Ihr Theatrum aufzieren, mit rechten Frauen Zimner bey angezündeten Lichtern, mit einer lieblichen und angenehmen Music, schönen vorthöhnungen und Praesentationen. Und zwar heute Donnerstag den 18. januarij werden wir denen hochgeheiligten Herrn Liebhabern auff unser Theatro praesentieren Eine herrliche undt sehr rare Materia genandt: Das Menschliche Leben ist wie ein Traum. Nach gehaltenen Aktion sollen Sie auch zu erwarten haben Ein lustiges Nachspiel. Welche um Lust und Beliebung tragen sich solcher Ergöhllichkeit theilhaftig zu machen können sich umb 2 Uhr auff das Rathauß verfügen, allwo man umb 3 Uhr praecise anfangen wird.“ —

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Restaurateur Heinr. in Stendal ist am Dienstag wegen Verdachtes der Brandstiftung verhaftet worden. — In Bahrdorf entbedte am Dienstag der Hausknecht des Landwirts Dohberan bei dem Aufräumen des Scheunens einembeutel mit 9000 Mark in blanken Thalern, über die der Besitzer sehr überrascht war. Was hat der Wohlhabende dem ehrlichen Finder, diesem armen Landarbeiter, davon abgegeben? — In Genthin wird die Erbauung einer neuen Havelbrücke zwischen Prigewitz und Rühlow geplant; die Kosten sind auf 215 000 Mark veranschlagt. — In Egelin ist an der Wäckerleberer Straße in der Nacht zum Mittwoch eine Feldscheune abgebrannt. — Der Kaiser hat auch für dieses Jahr den Besuch des Truppenübungsplatzes in Altengraben in Aussicht gestellt. — Der Ratmann Bunge zu Barbv begehrt heute, am Donnerstag, seinen 80. Geburtstag. — Wie das „Wochenblatt“ mitteilt, ist in Althaldensleben die Kaiser-Geburtstagsfeier „ziemlich geräuschlos“ vorübergegangen. — Die Verpachtung von 11 Jagdparzellen der Stadt Quedlinburg hat am Dienstag bei einer Pachtdauer von 6 Jahren ein Gesamtergebnis von 9175 Mark pro Jahr erzielt. — Auf dem Wege von Reinstedt nach der Quedlinburg-Südoderer Gasse sind kürzlich von 16 jungen Kirchsäumern die Kronen abgebrochen worden. Auf die Entdeckung der Täter ist eine Belohnung von 50 Mark ausgesetzt worden. — Dienstag mittag hat sich in der Kaiserstraße in Halberstadt ein Hausbesitzer in die Brust geschossen; er wurde in die Dr. Barthauerische Klinik gebracht, wo man sein Leben zu retten

hofft. — Am Donnerstag ist in Osterwieged der Regierungspräsident v. Arnstedt zur Besichtigung des Bahnhofsanges an der Berliner Chaussee angelangt. Es liegt der Antrag vor, an jenem Uebergange eine Schranke anzulegen resp. einen Wächter anzustellen. — Der Kaufmann S. Fischer aus Staßfurt, welcher bei dem Kaufmann K. in Stellung war und nach Verkündung bedeutender Unterschlagungen und Veruntreuung ihm anvertrauter Gelder sühlig wurde, hat sich der Polizeibehörde in Magdeburg gestellt.

Vereine und Versammlungen.

Holzarbeiter.

Am Sonnabend, den 25. Januar, tagte im „Würgerhaus“, Stephansbrücke, eine Generalversammlung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Filiale Magdeburg. Zum 1. Punkt, Kassee- und Geschäftsbericht, erhielt Kollege Peters das Wort. Nach Verlesung der Abrechnung entspann sich eine lebhafte Diskussion über den Verbleib der Lokalunterstützung. Nachdem die Lokalverwaltung auf Grund einer Anfrage den Irrtum bei der Revision aufgeklärt hatte, wurde dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. Den Geschäftsbericht erstattete Peters. Er führte aus, wie notwendig es ist, bei der jetzigen Geschäftskonjunktur die Augen offen zu halten. Im letzten Quartal sind zehn Klagen von unserer Seite ausgeführt und zwar in den meisten Fällen wegen Entlassung ohne Kündigung. Auch wurden die Zustände in der Möbelfabrik von Horn, Gr.-Ottersleben (Ladengeschäft Prälatenstraße) einer herben Kritik unterzogen. Von einer Anerkennung des im Frühjahr 1900 vereinbarten Lohnsatzes ist hier keine Rede. Für einzelne Arbeiten giebt es hier einen so geringen Lohn, daß es ein Rästel ist, wie die Arbeiter dabei zurecht kommen können. Als eine treue Seele fungiert hier der Tischler Streubel. Statt mit seinen Kollegen zu verhandeln, die Arbeitsverhältnisse zu bessern, trägt er dazu bei, daß die Löhne noch geringer werden. Das Vnngeln von Brettern vor dem Konturs des H. und das nachherige Bearbeiten derselben ist auch keine That, die als besonders ehrenvoll angesehen werden kann. In die Ortsverwaltung wurden die Kollegen Peters und Koppehl, zur Gaubverwaltung die Kollegen Duseban, Ebeling, Gorgas, Wahle und Allen, als Bezirksführer für Magdeburg Kollege Gorgas, als Revisoren die Kollegen Santleben, Dausel, Denide und Müß, als Bibliothekare die Kollegen Hahn und Dausel gewählt. Die Kollegen Wahle und Peters wurden als Kandidaten zum Verbandsstag nominiert. Als Delegierter für den Gewerkschaftskongreß wurde der Kollege Wahle aufgestellt. Unter Verschiedenem wurde bekannt gegeben, daß am 15. Februar in Budau ein Ball stattfindet.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Verwaltung Magdeburg. Versammlungen finden statt: Sonnabend, den 1. Februar, abends 8 Uhr: Bezirk Magdeburg und Wilhelmstadt im „Würgerhaus“, Stephansbrücke 38. Bezirk Alte und Neue Neustadt bei Bartels, Fabrikenstraße. — Montag, den 3. Februar, abends 8 Uhr: Bezirk Sudenburg in der „Zerbster Bierhalle“ Schöningerstraße.

Freitag, 31. Januar:

Arbeiter-Turnverein Neustadt, Übungsstunde der Damen-Abteilung jeden Dienstag und Freitag im „Weißen Hirs“, Friedrichsplatz 2.

Gesangverein Gemüthlichkeit, Alte Neustadt. Jeden Freitag abends 8 Uhr Übungsstunde bei Georg Winter, Rogäckerstr. 80.

Männer-Gesangverein „Vorwärts“ Alte Neustadt. Jeden Freitag abends 8 Uhr Übungsstunde bei Heinemann, Moldenstr. 26. Arbeiter-Turnverein „Angola“. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde in der „Krone“, Moldenstr. 26. Männer-Gesangverein „Lira“. Jeden Freitag abends Übungsstunde bei Wagner, Grusonstr. 10. Dasselbst Aufnahme neuer Mitglieder.

Sudenburg Arbeiter-Gesangverein „Liederkränze“. Jeden Freitag abends 8 1/2 Uhr Übungsstunde bei Köpcke, Braunschweigerstraße 2a. Mitglieder werden aufgenommen.

1. Sudenburg Mundharmonika-Verein „Echo“, Übungsstunde jeden Freitag im „Reiseontel“.

Sudenburg Sportklub „Grüne Sieben“. Jeden Freitag von 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr Spielabend im „Reiseontel“. Mitglieder werden dafelbst aufgenommen.

Turnverein „Jahn“, Sudenburg. Jeden Mittwoch und Freitag Turnabend in der „Zerbster Bierhalle“, Schöningerstraße 22.

Mundharmonika-Verein Concordia, Alte Neustadt. Jeden Mittwoch und Freitag Übungsstunde im „Schoppen“, Rogäckerstr. 73.

Turnverein „Vorwärts“ Sudenburg. Jeden Mittwoch und Freitag Turnstunde in der städtischen Turnhalle am Königsberg.

Groß-Ottersleben. Athletenklub Groß-Ottersleben. Jeden Dienstag und Freitag Übungsstunde bei Strumpf.

Groß-Ottersleben. Arbeiter-Turnverein „Jahn“. Jeden Dienstag und Freitag Übungsstunde bei Strumpf.

Mein-Ottersleben. Arbeiter-Gesangverein „Gleichheit“. Jeden Freitag abends 8 1/2 Uhr Übungsstunde beim Cap'otzt H. Müller.

Mein-Ottersleben. Männer-Turnverein. Jeden Dienstag und Freitag abends 8 Uhr Turnstunde bei H. Müller in Al.-Ottersleben.

Venedenbeck. Freie Turner Venedenbeck. Jeden Dienstag und Freitag abends 8 Uhr Turnstunde im Lokale des Herrn Goppe.

Fermersleben. Arbeiter-Turnverein „Vorwärts“ Fermersleben. Jeden Dienstag und Freitag abends 8 Uhr Turnstunde bei Herrn Ergleben („Budauer Bierhalle“).

Varleben. Arbeiter-Turnverein „Jahn“. Jeden Mittwoch und Freitag, abends 8 Uhr, Übungsstunde bei C. Schrader.

Oibensstedt. Turnverein Freiheit Oibensstedt. Jeden Dienstag und Freitag Übungsstunde bei U. Schinke.

Diesdorf. Männer-Turnverein. Jeden Dienstag und Freitag Übungsstunde im „Weißen Hof“ (Inh. Hilbrandt).

Gommern. Turnverein „Jahn“. Jeden Dienstag und Freitag abends 8 Uhr Übungsstunde bei Wollmann.

Burg. Freie Turnerschaft. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde von 8-10 Uhr im „Hohenzollernpark“.

Neuhaldensleben. Arbeiter-Gesangverein „Einigkeit“. Jeden Freitag abends 8 Uhr Übungsstunde bei Wiltz. Herzog. In jeder Übungsstunde werden Mitglieder aufgenommen.

Sonnabend, 1. Februar.

Ortsverein der Lederarbeiter (Weißgerber). Abends 8 1/2 Uhr Versammlung in der „Krone“, Moldenstr. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist Pflicht.

Burg. Verein Deutscher Schuhmacher. Versammlung abends 8 1/2 Uhr bei Schuster, Schulstraße 25. Erscheinen aller Mitglieder notwendig.

Deutscher Holzarb.-Verband.

Verwaltungsstelle Magdeburg. 1975

Versammlungen finden statt: Sonnabend, den 1. Februar, abends 8 Uhr Bezirk Magdeburg u. Wilhelmstadt im „Würgerhaus“, Stephansbrücke Nr. 38.

Tages-Ordnung:

1. Die Bedeutung der literarischen Bildung. Ref.: Genosse Mardwald.
2. Bericht von der Gaunkonferenz.
3. Verschiedenes.

Bezirk Alte und Neue Neustadt bei Bartels, Fabrikenstraße.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Nitsch.
2. Bericht von der Gaunkonferenz.
3. Verschiedenes.

Bezirk Budau im Thaliaaal, Dorotheenstraße.

Tages-Ordnung:

1. Bericht von der Gaunkonferenz.
2. Verschiedenes.

Montag, den 3. Februar, abends 8 Uhr:

Bezirk Sudenburg in der „Zerbster Bierhalle“, Schöningerstraße.

Tages-Ordnung:

1. Das Unfall-Versicherungs-Gesetz. Referent: Genosse Siebel.
2. Bericht von der Gaunkonferenz.
3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Verwaltung.

Deutscher Metallarb.-Verband

Verwaltungsstelle Magdeburg.

Zersprech.-Anschluß Nr. 404. Bureau: Knochenhaueruferstr. 27/28, 1.

Versammlungen finden statt: Sonnabend, den 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr

Bezirk Budau im Thaliaaal, Dorotheenstr. 14.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Heinz Schulz.
2. Verbandsangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Bezirk Neue Neustadt im Saale des Weißen Hirs, Friedrichsplatz 2.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Rob. Pistorius.
2. Verbandsangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Bezirk Salzte-Westerhüsen im Lokale des Herrn Andr. Maack in Salzte.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Alwin Brandes.
2. Verbandsangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Branche der Installateure und Klempner in der „Burgallee“, Tischlererungstraße 27.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Hugo Gärtner.
2. Verbandsangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Recht zahlreiches Erscheinen ersucht Die Verwaltung.

Achtung! Olvenstedt. Achtung!

Arbeiter-Turnverein Freiheit

Sonnabend, den 1. Februar, abends 8 Uhr

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

- 1. Aufnahme neuer Mitglieder und Beitragszahlung.
- 2. Bericht vom Bezirks- und Kreisturntag.
- 3. Verschiedenes.

Wir eruchen die Mitglieder wegen der wichtigen Tagesordnung pünktlich zu erscheinen. Ebenfalls richten wir an alle Freunde der Turnische von Olvenstedt die Bitte, dem Verein beizutreten zum Wohle und Nutzen des Arbeiter-Turnerbundes.

1960 Der Vorstand.

Quedlinburg.

Außerordentliche

Volks-Vereins-Versammlung

Sonnabend, den 1. Februar 1902, abends 8 Uhr

im Restaurant Vorwärts. Die Mitglieder werden ersucht, einer wichtigen Besprechung halber, recht zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand.

Empfehle täglich frisch: **Nasengekröse** sehr preiswert. 1971

E. Wieprecht Alter Markt (Schwibbogen-Gasse).

Städtisches Orchester

3. Volkskonzert

Neid's Etablissement Montag, den 3. Februar abends 8 Uhr.

Eintrittskarten im Vorverkauf . . . 20 Pfg. in der Heinrichshofenschen Musikalienhandlung u. den bekannt. Verkaufsstellen an der Abendkasse 30 Pfg.

Walhalla. Beginn der Vorstellung: präcise 8 Uhr. Sonnabend, den 1. Februar. neues Programm!!

Die schönste Damenmaske erhält eine echte 14 Kar. goldene Damen-Uhr. — Die schönste Herrenmaske erhält 4 Fl. Sekt.

Großartige Ueberraschungen in der feenhaft dekorierten Kabinen des Cirkus.

Anfang der Vorstellung 8 Uhr. Anfang der Redoute 9 1/2 Uhr. Zuschauerkarten: 1. Platz 75 Pf., 2. Platz 55 Pf.

Redouletarten: Herren 3.25 M., Damen 1.75 M. Im Vorverkauf bei den Herren Lindau u. Winterfeld, Breite- weg 71 u. 19, Jacobs, Ulrichs- bogan, H. Prophet, Alie Markt 50 Pfg. Ermäßigung.

Eine vorzügliche Wäskengarderobe wird von Herrn Graffhoff im Cirkus ausgestellt.

Marktberichte.

Magdeburg. Erbsen (gelbe zum Kochen) 18.00—20.00. Speisebohnen (weiße) 17.00—34.00. Binsen 17.00—34.00. Kartoffeln 5.50—6.00. Richtigkroh 6.50—7.20. Krummstroh bis 6.00. Heu 8.00—9.00. Thymothum —. Alles für 1 Kilogramm. Rindfleisch im Großhandel 0.96—1.04, von der K 1.40—1.60. Bauchfleisch 1.20—1.30, Schweinefleisch 1.30—1.40. Kalbfleisch 1.20—1.40. Hammelfleisch 1.30—1.50. Speck (geräuchert) 1.80. Eßbutter 2.00—2.40. Alles für 1 Kilogramm. Eier 60 Stück 3.60—4.20.

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.

Ssee, Gger, Mosbau.		Ssee, Gger, Mosbau.		Ssee, Gger, Mosbau.	
Ort	Stand	Ort	Stand	Ort	Stand
Jungbunzlau	27. Jan. + 0.38	28. Jan. + 0.32	0.06		
Laun	„ + 1.05	„ + 0.99	0.15		
Budweis	„ + 0.18	„ + 0.10	0.08		
Prag	„ + 0.74	„ + 0.62	0.12		

Instent und Saale.

Instent und Saale.		Instent und Saale.	
Ort	Stand	Ort	Stand
Straßfurt	28. Jan. + 1.50	29. Jan. + 1.70	—
Trotha	„ + 3.16	„ + 2.96	0.10
Wilsleben	„ + 3.09	„ + 2.94	0.15
Vernburg	„ + 2.60	„ + 2.45	0.15
Salze, Oberpegel	„ + 2.08	„ + 2.02	0.06
do. Unterpeg.	„ + 2.48	„ + 2.32	0.16

Wilsbe.

Wilsbe.		Wilsbe.	
Ort	Stand	Ort	Stand
Dessau	27. Jan. + 2.10	28. Jan. + 1.92	0.14
Mühlbrücke	„	„	„

Elbe.

Elbe.		Elbe.	
Ort	Stand	Ort	Stand
Yardubitz	27. Jan. + 0.75	28. Jan. + 0.64	0.11
Brandeb.	„ + 1.13	„ + 1.04	0.09
Melmitz	„ + 0.83	„ + 0.71	0.12
Leitmeritz	„ + 0.78	„ + 0.68	0.10
Müßig	28. „ + 1.19	20. „ + 1.07	0.12
Dresden	„ - 0.14	„ - 0.26	0.12
Torgau	„ + 2.38	„ + 2.22	0.16
Wittenberg	„ + 3.12	„ + 3.00	0.12
Roßlau	„ + 2.93	„ + 2.76	0.17
Berby	„ + 3.44	„ + 3.30	0.14
Schönebeck	„ + 3.09	„ + 2.99	0.10
Magdeburg	29. „ + 2.92	30. „ + 2.76	0.15
Langermünde	28. „ + 3.88	29. „ + 3.85	0.03
Wittenberge	„ + 3.50	„ + 3.48	0.02
Dömitz, Pegel	„ + 2.94	„ + 2.96	—
Lauenburg	„ + 2.89	„ + 2.92	—

Saale.

Saale.		Saale.	
Ort	Stand	Ort	Stand
Brandenburg	27. Jan. + 2.35	28. Jan. + 2.35	—
do. Unterpegel	„ + 1.82	„ + 1.85	—
Rathenow	„ + 1.70	„ + 1.72	—
Oberpegel	„ + 1.31	„ + 1.32	—
Saaleberg	„ + 3.27	„ + 3.28	—

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltung Magdeburg.

Todes-Nachricht. Gestern abend, am Schlusse der Tagesarbeit, starb unser langjähriger Mitglied, der Klempner

Max Fabian von einem Bau- und fand sofort den Tod.

Fabian war uns zu allen Zeiten ein treuer Mitarbeiter. Er stand im 29. Lebensjahre und ging zu früh von Frau und Kindern.

Ehre seinem Andenken! Magdeburg, 30. Januar.

Die Verwaltung. Näheres über die Beerdigung geben wir bekannt. D. D.

Standesamt.

Magdeburg, 29. Januar. Aufgebote: Kaufm. Albert Höpner in Altona mit Sophie Kammer hier. Barbier Karl Woss in Goldbeck mit Bertha Schmidt hier.

Milchhändler Fritz Busse mit Gertrude Giffhorn hier. Arb. August Kurzweg mit Hedwig Kurzweg hier. Fabrikarbeiter Paul Scholz mit Anna Freije in Althaldensleben.

Geburten: Friede, T. des Schlossers Herm. Laubrich, Gelmuth, S. des Maschinisten Marie Gunold. Martha, T. des Tischlers Ernst Wenske. Margarete, T. des Straßbahn-Wagenführers Franz Steinbrecht. Elsa, T. des Metzgers Adolph Böhm. Paul, S. des Straßenbahnkassiers Gustav Schulze. Helmut, S. des Kaufm. Selmar Dessauer. Margarete, T. des Hauptm. und Kompanie-Chefs Richard v. Rath.

Todesfälle: Gustav Naumann, Kaufm., 58 J. 7 M. 11 T. Ferdinand Reineke, ehem. Comptoirbote, 78 J. 3 M. 20 T. Totgeburt: Ein S. d. Schuhmachers Herm. Rathle.

Sudenburg, 29. Januar. Aufgebote: Schmied August Friedrich Michaelis mit Martha Marie Anna Barth.

Todesfälle: Rgl. Vaurai Georg Grell, 56 J. 20 T. Arb. Karl Schunorth aus Fermersleben, 38 J. 20 T. Walter, unehelich.

Budau, 29. Januar. Aufgebote: Viktualienhändler Berth. Höpner mit Ww. Elisabeth Wagner geb. Vertram. Eisenbahn-Stat.-Geh. Otto Finger in Neuhaldensleben mit Elisabeth Buchmann hier. Rgl. Eisenbahn-Pächter Wiltz. Benzlow in Helmstedt mit Alma Voelke hier.

Geburten: Walter, S. des Arbeiters Wilhelm Benz. Surti, S. des Schneidemeisters Friedr. Blöchl, S. des Hilfsbrems. Aug. Meier. Arthur, S. des Schul-Abt. Baumgarten. Otto, S. des Barbierherrn Karl Stolze.

Neustadt, 29. Januar. Aufgebote: Lokomotivheizer Oskar Bruno Hartwig mit Emilie Elise Schmidt. Brauereiarbeiter Reinhold Wiltz. Arb. mit Ida Anna Marie Mengel.

Geburten: Werner, S. Kaufmanns Bernh. Richter. Friedr. Wilhelm, S. des Zeitungsb. Wilhelm Klose. Ernst, S. Pauer's Valentin Spangenberg. Frieda, T. des Wäders Karl W. nede. Herbert, S. des Brauermann Lehmann.

Todesfälle: Ernst, S. Maur. Valentin Spangenberg, 66 J.

Mischerleben, 29. Januar. Geburten: Sohn des W. Heinrich Hüfeler. S. des Fleischermeisters Gustav Richter. T. d. Arb. Wiltz. Richter.

Todesfälle: Seilermeister Friedrich Blauel, 80 J. 11 M. 23 T. Surti, T. des Arb. Franz Naumann, 4 M. 7 T.

Burg, 27. Januar. Geburten: Sohn des Weingärbers August Klein. Tochter d. Dachdeckers August Schild. Tochter des Schneiders Otto Hebenkreit.

Bom 28. Januar. Aufgebote: Schlosser Dr. Bernhard Knid mit Martha Augustina Kluge.

Geburten: Tochter des Schuhmachers Albert Köber. Tochter des Arb. Wilhelm Friedrich.

Salberstadt. Vom 25. bis 28. Januar. Aufgebote: Bergmann Johann Julian Sackentowska und Marie Louise Rosenber, beide zu Hordhausen. Arb. Michael Jaszdziwsky und Theophile Kowalk, beide zu Schwornitzg. Zimmermann Friedrich Otto Laube zu Dömitz und Marie Steinberg zu Burgliebenau. Geschwiegerinnen: Schloß Karl Maderholz u. Anna Hindrich. Geburten: S. des Cigarrenfabrikanten Heinrich Vint. T. d. Oberleutnants Albrecht v. Holzerdorf. S. des Pferdebahnführers Gustav Schäfer. S. des Cigarrenmachers Heinrich Grop. T. d. Bahnarbeiters Robert Habermann. S. des Steinmetzgehilfen Johann Spangenberg. T. unehelich. S. des Weißgerbers Gustav Starke.

Todesfälle: Ww. Fahlmann Emilie geb. Hajentamp, 49 J. 4 M. 17 T. Ww. Nehe, Martha Ilde geb. Berger, 66 J. 2 M. 10 T. Otto, S. des Zimmermanns Albert Kinn, 7 M. 26 T. Elsa, T. des Bierfahrsers Christoph Gerlach, 1 M. 4 T. Arbeiter Carl George, 64 J. 10 M. 17 T. Arb. Friedrich Hoffmeister, 49 J. 9 M. 5 T. Richard, S. d. perforz. Arbeiters Carl Magenberg.

Aus der Parteibewegung.

Ein Wahlerempel. Im Landtagswahlkreise Sorau-Guben-Forst ist am Donnerstag die Wahl des Abgeordneten vorgenommen worden. Da es sich um eine Ersatzwahl handelte, waren nur diejenigen Wahlmänner nachzuwählen, die seit der Hauptwahl aus dem Wahlkörper ausgeschieden waren. Es handelte sich nur um wenige Personen. Trotzdem beteiligten sich unsere Parteigenossen in der Stadt Forst an der Urwahl zu dem ausgesprochenen Zwecke, sich mit der Wahltechnik vertraut zu machen. Sie erlangten 9 Wahlmännermandate. Es wurde dann weiter im Einverständnis mit unseren Wahlmännern beschlossen, an der Wahl des Abgeordneten nicht teilzunehmen.

Der Beschluß wird mit folgenden Erwägungen begründet:

Bei einer Gesamtzahl von 713 Wahlmännern ist die Zahl von neun sozialdemokratischen Wahlmännern geringfügig. Es liegt zwar die Möglichkeit vor, daß die Abstimmung dieser Neun ausschlaggebend würde, doch kann es gegenwärtig nicht von politischer Bedeutung sein, ob der konservative Schön-Brestau oder der nationalliberale König-Guben gewählt würde.

Ueber die im Augenblicke wichtigste Frage, die zwar den Landtag nur indirekt angeht, nämlich über den Zolltarif, hat Herr König jede öffentliche Erklärung vermieden; so weit eine (in einer Sitzung der Handelskammer gethane) Erklärung vorliegt, geht diese lediglich dahin, daß Herr König sich keine Meinung über den Zolltarif bilden können. Ein solcher Kandidat, der weder Fisch noch Fleisch, kann für die Sozialdemokratie auch nicht als „kleineres Uebel“ in Betracht kommen.

Es kommt hinzu, daß Herr König laut den in bürgerlichen Blättern erschienenen Berichten in seiner Kandidatenrede auch mit keiner Silbe auf Arbeiterfragen eingegangen ist und die Arbeiter überhaupt nicht erwähnte; daß er Kandidat der Wahlrechtsverschlechterer von Forst ist, kann er recht nicht für ihn einnehmen.

Herr Schön-Brestau als Anhänger der agrarisch-großindustriellen Sammelpolitik der Fraktion weiland Stumm ist erst recht zurückzuweisen, doch unterscheidet er sich von Herrn König nicht in dem Maße, daß die Ausbietung des Einflusses der Partei gerechtfertigt wäre.

Die Wahl hat nun folgendes Ergebnis gehabt: Es stimmten 647 Wahlmänner ab; davon 328 für den Konservativen und 319 für den Nationalliberalen. Die Vermutung, daß unsere 9 Wahlmänner leicht den Ausschlag geben könnten, hat sich also bewährt. Noch 9 Stimmen für den Nationalliberalen hätte Stimmengleichheit ergeben und wenn nach der erforderlichen zweiten Abstimmung dasselbe Resultat herauskam, dann müßte das Los entscheiden. Wären sämtliche Wahlmänner neu zu wählen gewesen, so hätten wir ohne Zweifel die Entscheidung sicher in der Hand gehabt.

Für das Ergebnis dieser Wahl ist das bei der Person der in Frage kommenden Kandidaten ziemlich bei uns Experiment für die Hauptwahl im nächsten Jahr.

jedoch von außerordentlicher Wichtigkeit. Unsere allgemeine Beteiligung wird in einer ganzen Reihe von Wahlkreislagen Situationen schaffen, und dann haben wir es in der Hand, den Kandidaten und den Parteien Bedingungen zu stellen, und wir werden unsere Bedingungen stellen. Die Parteikonstellation in Preußen ist noch etwas anders wie in Sachsen, und wenn wir auch unsere Wahlmänner in der nächsten Wahl in der dritten Klasse finden werden, so wird doch unsere allgemeine und ernsthafte Beteiligung an der Wahl vielfach Situationen schaffen, die die Entscheidung in unsere Hände legen. Daß die dann in möglichst vorteilhafter Weise für die Partei ausgenutzt wird, dafür ist gesorgt durch die Bestimmung, daß für ganz Preußen der Parteivorstand als Wahlkomitee fungiert, von dessen Entscheidung es abhängen wird, was unsere Wahlmänner thun.

Einem großen Sieg errangen nach vorliegenden telegraphischen Meldungen unsere Parteigenossen in Delmenhorst (Oldenburg). Sie bekamen zehn neue Sitze und damit die Majorität im Stadtrat.

Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter im Herzogtum Braunschweig beschlossen auf einer Konferenz am Sonntag ein Kommunalprogramm. Mitgeteilt wurde, daß wir in 26 Gemeinden des Herzogtums 55 Vertreter haben.

Genosse Blos erklärt im „Braunschweiger Volksfreund“, daß er die Chefredaktion der „Leipziger Volkszeitung“ nicht übernimmt.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Die Berliner Bauanschläger nahmen in einer am Mittwoch abgehaltenen Versammlung einen Beschluß an, in dem gegen die Umgehung des Minimaltarifs, welcher von den Meistern der Berliner Schlosserinnung und dem Verbande Berliner Schlossereien und verwandter Gewerbe aufgestellt und seit dem 1. November gültig ist, Protest erhoben wird. Als Umgehung dieses Tarifs bezeichnen die Versammelten und in Berlin ansässigen Arbeitslosen das Anwerben von Unternehmern (Zwischenmeistern) sowie die Herbeiziehung von unselbständigen Bauanschlägern aus der Provinz. Der Beschluß soll den Stadtverordneten unterbreitet werden.

Protest gegen den Sieg der organisierten Gastwirte. Gegen die neue Bundesrats-Verordnung über die Beschäftigung von Gehilfen und Lehrlingen in Gastwirtschaften wird von der Kellner-Gewerkschaft eine umfangreiche Agitation in die Wege geleitet. In nächster Zeit sollen in ganz Deutschland große Protestversammlungen veranstaltet werden, in welchen die Ungültigkeit der Bestimmungen erörtert und eventuell auch Eingaben an den Reichstag beschlossen werden sollen.

Der Streit der dänischen Dampfschiff-Heizer.

In Esbjerg, so teilt „Sozialdemokraten“ mit, ist es der Dampfschiff-Expeditur Reinholdt, der das Amt eines schwedischen, norwegischen und deutschen Konsuls bekleidet. Ein armer deutscher Heizer, der unter keinen Umständen als Streikbrecher weiter arbeiten wollte, wurde zu 20 Kronen Geldstrafe verurteilt und mußte, weil zahlungsunfähig, fünf Tage Gefängnis abmachen. Als der Mann die Strafe überstanden hatte, verweigerte der Konsul ihm seine Papiere und sein Gepäck und erst nach mehreren Tagen gelang es, sie zu erhalten, nachdem die Organisation der Heizer sich der Sache angenommen hatte und ihren Anwalt damit betraute.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 30. Januar 1902.

Eine Freisprechung.

In der Privatbeleidigungsklage des Schmieds Grunert gegen unseren früheren Redakteur, Genossen H. Hauschildt, stand heute Termin vor dem Schöffengericht an. Nachdem auf Veranlassung des gegnerischen Rechtsanwalts Zeugen vernommen worden waren, erfolgte die kostenlose Freisprechung des Angeklagten. Es handelte sich in der inkriminierten Notiz um Stellungnahme gegen die Unsitte des Einstandtrinkens in einer Metallwarenfabrik in der Neustadt.

— **Einem nicht unbedeutenden Schaden** erlitt am Mittwoch nachmittag 3 1/2 Uhr ein im Hause Breitenweg 228 wohnender Friseur. Derselbe hatte kurz zuvor sein Schaufenster möglichst geschmackvoll dekoriert und freute sich ob des gelungenen Werkes, als plötzlich eine von den seitlich angebrachten Glasplatten, auf der ebenfalls alle erdenklichen Parfümerien ausgestellt waren, infolge eines Defektes entzwei brach und auf die unten befindlichen Gegenstände fiel. Das Chaos, welches hierbei angerichtet wurde, rief eine Menge von Zuschauern auf den Plan.

— **Ein Pferd gestürzt.** Auf dem Breitenweg zwischen Breite- und Dranienstraße stürzte Mittwochabend zwischen 7 und 1/2 Uhr das eine der beiden Pferde, welche einen Schaubüdenwagen zogen. Das Tier wurde mehrere Meter mitgeschleift und erst nach bedeutenden Anstrengungen mehrerer Passanten gelang es, das edle Ross wieder auf die Beine zu bringen. Im Interesse der Sicherheit des Verkehrs sollte die Stadt mehr Sand streuen lassen.

— **Verichtigung.** Genosse Schöschmidt uns folgende Verichtigung: In Nr. 24 der „Volksstimme“ heißt es in dem Bericht von der letzten Gewerkschaftsversammlung: „Da die Zeit bereits vorgeschritten ist, macht Voss den Vorschlag, die Versammlung zu vertagen.“ — Schöschmidt protestiert den Vorschlag und bezeichnet den Vertagungsantrag als Mißverständlichkeit.

Diese Mitteilung ist unrichtig. Ich habe nicht gegen die Versammlung, sondern gegen die späte Eröffnung bei den Versammlungen protestiert und als Vertagung bezeichnet. Als dann Voss erklärte, er habe die Versammlung nicht eher eröffnen können, da vorher eine Bauarbeiter-Versammlung gewesen sei, habe ich auch gegen diese Erklärung Einspruch erhoben, weil zwischen dem Schluß der Bauarbeiter- und der Eröffnung der Gewerkschafts-Versammlung ein Zwischenraum von mindestens 1/2 Stunden lag.

Kleine Chronik.

Ein sonderbarer „Lebensmüder“

isi der Arbeiter Karl Markowski aus Elstern. Vor einigen Tagen verschwand er, und man fand auf der Oder-Brücke einen Zettel, der die Worte enthielt, daß Markowski sich das Leben genommen habe. Die „Witwe“ des Markowski legte alsbald Trauerkleidung an. Jetzt nun wurde die Frau auf der Landstraße unweit der Stadt von zwei Männern überfallen und ihrer Wertschaft beraubt. In dem einen Räuber erkannte sie ihren eiaenen, vermeintlich toten Mann wieder.

Explosion schlagender Wetter.

In dem nicht mehr im Betriebe befindlichen Schacht Nr. 4 der Grube Corchant de Fleury bei Mons in Frankreich in den drei Arbeiter hinabgestiegen waren, um notwendige Arbeiten auszuführen, fand eine Explosion schlagender Wetter statt. Da große Gesteinmassen eingestürzt sind, ist es bisher noch nicht gelungen, zu den Verunglückten vorzudringen.

Ermordung zweier Aufseherinnen in einem russischen Frauengefängnis.

Aus der Strafanstalt für Frauen in Smolensk flohen zwei schwere Verbrecherinnen unter ganz romanhaften Umständen. Sie überfielen die beiden Aufseherinnen, übermächtig und ermordeten sie, kleideten sich darauf von Kopf bis zu den Füßen in deren Anstaltsstracht, vergaßen auch nicht, sich die goldenen Ringe und Uhren der Gefangenen anzueignen, und verließen das Gefängnis, vom Thorhüter unter den devotesten Grüßen hinausbegleitet. Es ist bisher nicht gelungen, die Spur der Flüchtigen zu entdecken.

Kleine Tageschronik. Der älteste Diener des deutschen Reichstags, Koch, ist im Alter von 82 Jahren am Mittwoch gestorben. — In Groß-Deuthen hat sich ein Liebespaar, der Brauer Max Frisch aus Trebbin und die Verkäuferin Hedwig Knappe aus Torgau gemeinsam erschossen. — Im Döblichschacht zu Mariaschein sind ein Ingenieur und mehrere Bergleute durch Explosion schlagender Wetter schwer verletzt worden. Ein Arbeiter wurde getötet. — Sehr heftige Schneestürme haben in den letzten Tagen in der französischen Schweiz gewüthet. Der Postverkehr erlitt vielfach Störungen. Einzelne Posten mußten auf der Tour umkehren. — Der Schnelldampfer „Kaiser Wilhelm der Große“ erreichte auf der Fahrt von Cherbourg nach der Weser die bisher unerreichte Geschwindigkeit von 24,62 Seemeilen. — Der Hamburger Dampfer „Australia“, der auf der Scheide auf der Höhe von Doel vor einigen Tagen strandete, ist durchgebrochen und dürfte total verloren sein. Die „Australia“, einer der kleineren Fracht-

dampfer der Hamburg-Amerika-Linie, war nach Westindien bestimmt. — Der Hamburger Cafetier Wegel, der frühere Inhaber des Cafes l'Europe, ist gestern nach seinem mißlungenen Versuch, sich in der Ufster zu ertränken, aus dem Fenster seiner Wohnung am Holzdamme gesprungen und war sofort tot.

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 29. Januar 1902.

Mißhandlung. Der Arbeiter Karl Schulze zu Barleben, geboren 1861, drang am 15. Oktober 1901 abends widerrechtlich in die Wohnung seines Hausgenossen Vogel ein, mißhandelte ihn durch Faustschläge und versetzte seiner Frau einen Messerschnitt in das Gesicht. Der Angeklagte erhielt wegen dieser Straftaten 3 Monate und 1 Woche Gefängnis.

Pfandentziehung. Der Bierfahrer Gustav Wehmer und dessen Ehefrau, Auguste geborne Eggstein, zu Südburg, wurden wegen Pfandentziehung mit je 10 Mark Geldstrafe event. 2 Tagen Gefängnis belegt.

Einer Unternehmer. Der Oekonom Gustav Maack zu Wilhelmshof bei Böhne hatte am 15. August 1901 die Transmissionswelle der in Betrieb gesetzten Hackelmaschine nicht gehörig verdecken lassen. Dadurch geschah es, daß die verhehlichte Arbeiter Tage an den Rädern erfaßt und derart herumgeschleudert wurde, daß sie außer anderen Verletzungen einen Schenkelbruch erlitt. Ferner hatte Maack einen deutlichen Abdruck der Polizeiverordnung vom 22. Juni 1894 an der Maschine oder in einer anderen geeigneten Weise nicht ausgehängt. Der Gerichtshof erkannte wegen fahrlässiger Körperverletzung auf 60 Mark, wegen der Uebertretung auf 5 Mark Geldstrafe.

Diebstahl. Der Bootsmann Karl Steilmacher hier, geboren 1865, stahl am 26. November 1901 einer Kohlenhandlung etwa einen Centner Rußkohlen. Da wiederholter Rückfall vorliegt, trafen den Angeklagten 3 Monate Gefängnis.

Letzte Nachrichten.

(„Herold“, Deutsches Bureau.)

Frankfurt a. M., 30. Januar. Nach einer Meldung der „Frankf. Ztg.“ aus Budapest hielten die demokratischen Vereine der Hauptstadt eine Protestversammlung gegen die gestrige im Parlamente erfolgte Verletzung der Immunität des Abg. Vaszanyi ab. Die Versammlung faßte eine Resolution, in der vom Präsidenten des Abgeordnetenhauses Genehmigung für Vaszanyi verlangt wird. Für Sonntag wurde ein Volksmeeting einberufen. Nach der Versammlung kam es zu erregten Kundgebungen vor den Wohnungen der Abg. Hofvasszy und Loh. Die Polizei schritt ein und strengte die Demonstranten.

Frankfurt a. M., 30. Januar. Die „Frankf. Ztg.“ t aus Paris: „Waldeck-Roussell“ nahm eine Sitzung des von den republikanischen Sozialisten und gebildeten Komitees zur Teilnahme an einem demnächst in Paris zu veranstaltenden Bankett an; das Datum des Banketts ist noch nicht bestimmt, doch dürfte es etwa mit dem Schluß des Parlaments zusammenfallen. Waldeck-Roussell wird bei dieser Gelegenheit das sozialpolitische Programm der Regierung entwickeln.

London, 30. Januar. Hier circulieren Gerüchte, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika entschlossen sind, sich der Philippinen wieder zu entledigen, und diese im Kompensationswege oder durch Verkauf in den Besitz einer anderen Kolonialmacht übergehen zu lassen.

Bratortia, 30. Januar. Die großen Eilmarsche Bruce Hamiltons haben zur Gefangennahme von 112 Wuren geführt.

Paris, 30. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der sozialistische Abgeordnete Viviani hat einen Gesetzentwurf gegen die Wahlbeeinflussung eingebracht, in welchem strenge Strafen für Abgeordnete vorgesehen werden, die sich Wahlbeeinflussungen zu schulden kommen lassen. Sie sollen u. a. eine ganze Session hindurch ihres Mandats verlustig sein.

Marseille, 30. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Fürst von Monaco schiffte sich heute mit seiner Yacht „Alice“ nach Monaco ein. Er beabsichtigt, den Santos Dumont bei seinem Aufstieg behilflich zu sein. Santos Dumont wird versuchen, auf offenem Meere auf der Yacht des Fürsten zu landen. Diesem Versuch wird mit großer Spannung entgegen gesehen.

Paris, 30. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In Thonon des Bains wurde ein Totengräber verhaftet, weil er sich an mehreren Leichen unsittlich vergangen hatte. Der Verhaftete mußte auf dem Wege zum Gefängnis vor der Wut des Volkes geschützt werden.

Brüssel, 30. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In Wilrede ertrabte ein junger Mann seine Schwester bei einem Rendezvous mit deren Liebhaber. Er schoß auf die beiden und verletzte den Geliebten schwer und einen vorübergehenden Herrn leicht. Darauf erschoss der junge Mann sich selbst.

Briefkasten.

Streitende 100. Friedrich I. Ueber derartige Sachen sollen sich doch Parteigenossen überhaupt nicht streiten.

B. 100. Teilen Sie die ganze Angelegenheit der dortigen Polizeiverwaltung mit. Die Invalidenmarken für Ihre Mutter muß M. nachzahlen. Für künftig wollen Sie uns Ihren Namen mitteilen.

S. S., Thale. 1. Nein. 2. Wenn kein Testament da ist, gehört dem Ueberlebenden das Haushaltsinventar. 3. Selbstverständlich.

H. S. Wenn ein Dienstmädchen sich auf ein Jahr vermiethet hat, so muß sie auch das ganze Jahr aushalten.

B., Diebstoch. Zur Veröffentlichung ungeeignet.

Warenhaus



Gebr. Karfiol

Breiteweg No. 272
Jakobsstr. No. 38

Magdeburg

Breiteweg No. 272
Jakobsstr. No. 38

Großer Inventur-Räumungs-Ausverkauf

Ausser den in sämtlichen Abteilungen im Preise bedeutend herabgesetzten Waren kommen ganz besonders in einer für folgende Sachen extra eingerichteten Abteilung zum Verkauf:

Die noch vorhandenen **weißen Damen-Heuden**, die etwas in den Schaufenstern unsauber wurden
sonst 95 Pf. bis 2.75
jetzt **55 Pf. bis 1.35**

Ebenfalls **weiße Damen-Nachtjaken und Beinkleider**

Ein Posten **weiße Damast-Handtücher**, abgepaßt, ca. 50 cm breit und 110 cm lang
sonst Dgd. 4.75
jetzt Dgd. **3.25**

Ca. 120 Dgd. **Herrn-Normalheuden**
sonst 75 Pf. bis 2.25
jetzt **55 Pf. bis 1.35**

Ein großer Posten **schwarze gedrehte Strumpfwolle**, ⁶/₆
sonst Pfund 2.35 jetzt **1.70**

Ca. 100 Dgd. **Damen-Haus- und Wirtschafts-Schürzen**
sonst 95 Pf. bis 2.10, jetzt **38 Pf., 57 und 59 Pf.**

Ein Posten **Teppiche** bedeutend unter Preis
sonst Stück 8.75, 14.00 und 26.00
jetzt Stück **4.50, 9.85 und 16.75**

Ca. 200 Dgd. **schwarze Damen-Strümpfe**, platt. Wolle, deutsche Länge, glatt gestrikt
sonst 75 Pf., jetzt **42 Pf.**

Nur 10 Dgd. **Damen-Regenschirme** aus prima Gloria, mit silberweißen Britannia-Krüden und Futteral
sonst 5.35, jetzt **2.95**

Ein großer Posten **creme gestreifter Kasse-Decken** mit Franzen
sonst Stück 1.30, jetzt Stück **85 Pf.**

Ferner die in un-

teilungen entstandenen



Reste



bestehend aus **Kleiderstoffen, Kleidervelour, Barchenten, Schürzenstoffen, Gardinen, Leinen, Handtüchern, Bettbezugstoffen, Posamenten, Spitzen etc.** werden zu jedem annehmbaren Preise abgegeben.

Obige Preise gelten nur so lange der Vorrat reicht.

1973

Hasen Hasen

Großer Räumungs-Ausverkauf

Hasen im Fell 2.90 Mk., der Braten 2.25 Mk.
Geflügel 50 Pf.

A. Popoisky, 3 Goldschmiedebrücke 3

Genaue vor Spieckers Laden und auf dem Budauer Markt.

Allen meinen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich mit dem heutigen Tage das

Barbier- und Friseur-Geschäft

der Witwe Richter käuflich übernommen habe und dasselbe wie in bisheriger Weise fortführen werde. Um gütigen Zuspruch bittet

Hermann Meyer, Friseur

Neue Neuhof, Neuhaldenslebenstraße 11.

Burg F. Preuss, Mechaniker

17 Schulstraße 17

mechanische Reparaturwerkstatt

für Spezialmaschinen, Schuhmachermaschinen, Nähmaschinen aller Systeme und Fahrräder.

Reparaturen unter Garantie.

Buckauer Hof. Gr. Narren-Abend

am Freitag den 31. Januar.

Für musikalische und sonstige Unterhaltung ist georgt. Ergebenst ladet ein

Otto Schmidt, Büfelfleisch, Kaffee u. Biskotten an Bord.

Fleisch-Offerte.

Offiziere heute, Freitag, sowie Sonnabend in vorzüglicher, frischer Ware:

ff. Kalbfleisch à Pfd. 35, 40, 45 u. 50 Pf.

ff. Schweinefleisch à Pfd. 55, 60, 65, 70 Pf.

ff. Rindfleisch à Pfd. 50, 55, 60, 65 Pf.

ff. Hammelfleisch à Pfd. 50, 55 und 60 Pf.

Richard Bosse, Jakobstraße 41.

Laden mit Wohnung zu vermieten Danglebenstraße 13. 1615

Auktionshaus

Gr. Marktstr. 16. 1815

Täglicher Verkauf von großen Posten Herren-, Damen- und Kinder-Schuhen und Stiefeln, Filzhüten und Pantoffeln, Herren-, Knaben- u. Arbeiter-Garderoben, Cigarren und Cigaretten. Verkaufszeit 8 Uhr früh bis 9 Uhr abends. Sonntags 8-9 und 11-2 Uhr. B. Wolff, Auktionator, Gr. Marktstr. 16.

Gänsepöckelfleisch

bei [1922] Moritz Weinberg.

Kaufe fortwährend Kanarienhähne u. Weibchen

Bez. Hähne ohne Japp. 3.50 bis 6 Mk., Weibchen 75 Pf.

J. Tischler, Annastraße 25.

Aschersleben! Rostschlächterei

mit elektr. Betrieb. Täglich frisch geschlachtete Rostfleischwaren sowie ein ff. Glas Bier. Gleichzeitig mache ich auf mein durch elektr. Kraft getriebenes Orchesterton neuester Konstruktion aufmerksam.

1766 Hochachtungsvoll

A. Engers, Hopfenmarkt 14

Filiale Oberstraße 47.

Stassfurt.

Empfehle meine selbstgefertigten Arbeiter-Stiefeln und Schuhe sowie alle anderen Schuhwaren.

Joh. Weiher

Wachtelstr. 17.

1952

Geld

auf

Wäsche, Betten, Bekleidungsgegenstände, Nähmaschinen, Pianinos, Fahrräder, Gold- u. Silbersachen, Uhren, Wertpapiere, Cigarren etc. etc.

Leih-Haus

Apfelstr. 16, I.

1674

Holzmakers Parquethöhne

1524

Fabrikanten Holzmaker & Patts

Magdeburg.

Preisgekröntes Fabrikat zum Bohren von Parquethöhen, gefirichten Fußböden und Linoleum sowie zum Aufpolieren von Möbelen usw.

Allseitig anerkannte Vorzüge: Desinfizierende Wirkung, milder Geruch, sparlicher Verbrauch.

Zu haben in Dosen à 50 Pf. und 1 Mk. in den meisten besseren Kolonialwaren-Handlungen u. Vor Nachbestellungen wird gewarnt! Man achte auf die Schutzmarke!

